

**Daten und Materialien zur
Diskriminierung, Entrechtung
und Verfolgung der Juden in
Deutschland im Jahre 1933**

Dr. Reiner Zilkenat, November 2004

Die Vorgeschichte des Holocaust ist schwer zu rekonstruieren. Der Weg nach Auschwitz war keineswegs geradlinig, allgemein vorhersehbar oder gar alternativlos.

„The Twisted Road To Auschwitz“ – so der Titel eines der Standardwerke über den Völkermord an den europäischen Juden aus der Feder des Historikers K. A. Schleunes – kannte Anknüpfungen an die seit Jahrhunderten tradierten Erscheinungsformen und Topoi der Judenfeindschaft, den Appell an niedrigste Instinkte, die zielgerichtete Nutzung moderner Medien und Infrastruktur, aber auch die Bereitschaft, aus dem Unglück von Mitmenschen, eben der Juden, für sich einen Nutzen zu ziehen, das heißt sich zu bereichern.

Und dennoch: Wenn auch die Entscheidung zum systematischen, millionenfachen Mord an den Juden erst im Zusammenhang mit dem von den deutschen Faschisten begonnenen Zweiten Weltkrieg – genauer: nach dem Überfall auf die Sowjetunion - und den damit zusammenhängenden Plänen für eine völlige Neugestaltung von „Siedlungsräumen“ zu Gunsten eines „Großgermanischen Reiches“ auf dem europäischen Kontinent gefallen sein dürfte; ohne die Gewöhnung von Millionen Menschen daran, dass gegenüber Juden die Anwendung von Gewalt erlaubt, ja, erwünscht ist, dass sie von staatlichen Behörden systematisch als Menschen „zweiter Klasse“ diskriminiert, dass sie aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, wäre der Holocaust, dessen Planung und Durchführung Hunderttausende von direkt wie indirekt beteiligten Tätern zur Voraussetzung hatte, undurchführbar gewesen. Einen wichtigen, wenn nicht unverzichtbaren Beitrag hierzu leisteten die bereits unmittelbar nach der Nazi-Machtübernahme einsetzenden und sich besonders in der Zeit vom März bis Mai 1933 steigenden Gewaltakte sowie die durch Gesetze und Verordnungen bewirkte Ausgrenzung der Juden in Deutschland aus der Gesellschaft. Für nicht wenige Arbeitslose, nicht zuletzt für erwerbslose Akademiker, war es jetzt durchaus von Vorteil, den Platz des Juden einzunehmen, der bislang als Verwaltungsangestellter oder –beamter, als Staatsanwalt oder Richter, als Hochschuldozent oder Lehrer, als Journalist oder Künstler, als Arzt oder Rechtsanwalt gewirkt hatte.

Durch das erzwungene Ausscheiden von Juden aus dem öffentlichen Dienst, aber auch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus den freien Berufen, bot sich zudem die Möglichkeit schnellerer Beförderung und rascheren sozialen Aufstiegs.

Mancher Privatdozent wurde so unversehens Professor, manch ein Rechtsanwalt oder Notar gewann neue Mandanten, die ihren gewohnten Rechtsbeistand nicht mehr in Anspruch nehmen durften oder wollten, manch ein Kaufmann erfreute sich an neuer Kundschaft, die nicht länger „beim Juden“ ihre Einkäufe tätigen wollte.

Wie kein anderer hat Lion Feuchtwanger in seinem bereits 1933 im Exil veröffentlichten Roman „Die Geschwister Oppermann“ am Beispiel einer jüdischen Familie aus Berlin diese Entwicklungen und Verhaltensweisen literarisch aufgearbeitet.

Die folgende, höchst unvollständige Chronik der Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung der Juden in Deutschland im ersten Jahr der Nazi-Herrschaft, soll zumindest einen ersten Eindruck vom Ausmaß der durch Gesetze und Verordnungen des Reiches und Preußens vonstatten gehenden Entrechtung, aber auch von den vorausseilenden Rechtsakten auf kommunaler Ebene sowie von den gesellschaftlichen Demütigungen vermitteln, denen Juden 1933 ausgesetzt waren.

Leider erfordert es die historische Wahrheit daran zu erinnern, dass die große Mehrheit der Bevölkerung diese Maßnahmen tolerierte bzw. unterstützte. Denn im Kern realisierten die Nazis hier ein Programm, das seit Jahrzehnten von der politischen Rechten und auch anderen politischen Kräften in Deutschland gegenüber den Juden durchgesetzt werden sollte und das im wesentlichen die Rücknahme der Judenemanzipation beinhaltete.

Von 1933 führt kein gerader Weg nach Auschwitz, aber wäre Auschwitz ohne die hier angeführten administrativen Maßnahmen und gewalttätigen Aktionen, die sich in den kommenden Jahren noch weiter steigern sollten, wäre ohne die Gewöhnung von Millionenmassen an alledem, der Holocaust durchführbar gewesen ?

Januar

26.1.: In welchem Maße sich am Vorabend der faschistischen Machtübernahme das antisemitische Klima ausgebreitet hat, wie tief der Judenhass in die Poren der Gesellschaft eingedrungen ist, verdeutlicht der Leitartikel „Wo bleibt die Stimme der Wissenden?“ aus der Feder von Max M. Warburg, der in der „C.V. - Zeitung“, herausgegeben vom Central - Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., veröffentlicht wird. Hellsichtig heißt es hier u.a.:

„Noch einmal wie im Mittelalter stehen die alten Lügen und Verleumdungen gegen alle Juden auf. Welch ein trauriger Anblick! Mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften gefährdet, der natürliche Gerechtigkeitssinn weiter Kreise des Volks zerstört und ihr Kulturempfinden in die finsterste Vergangenheit zurückgeworfen...Den Irrenden und Unwissenden können wir verzeihen. Nicht aber jenen, die um die Wahrheit wissen, den Mut jedoch nicht finden, offen gegen die Schande des Antisemitismus aufzutreten, nicht jenen, die sich mit schwachen, vorsichtig formulierten Anstandserklärungen einem offenen Bekenntnis ihrer Einsicht in die Zusammenhänge entziehen. Sie trifft unsere Verachtung, und wir empfinden als Deutsche Scham über solchen Mangel an ritterlichem Mut.

Es genügt nicht, einzelnen Juden ganz leise zuzuflüstern, dass man kein Antisemit sei, oder dass man in seinem Antisemitismus mit einigen Juden eine Ausnahme mache. In dem beklagenswerten Zustand der Verhetzung und Verwirrung wird das deutsche Volk niemals die wahre Keime seines Unglücks finden.“¹

Februar/März

Willkürliche Verhaftung von Juden durch die SA. In den schnell in Kellern und anderen Räumlichkeiten von SA-Heimen und –Kasernen eingerichteten „wildem Konzentrationslagern“ werden Juden geschlagen, gedemütigt, gefoltert und vereinzelt auch getötet. Besonders brutal verfahren die SA-Schläger mit Personen, die zugleich Juden *und* Sozialdemokraten, Kommunisten oder Gewerkschafter sind.

Februar

22.2.: In einem Erlass ernannt der Preußische Ministerpräsident Hermann Göring mit sofortiger Wirkung die Angehörigen von SA, SS und „Stahlhelm“ – allein in Preußen handelt es sich dabei um insgesamt 50.000 Mann - zu „Hilfspolizisten“. Ihr nicht zuletzt gegen Juden gerichteter Terror erhält jetzt einen „legalen“ Charakter.²

23.2.: Die Berliner Jüdin Frieda Friedmann richtet angesichts der wachsenden antisemitischen Propaganda und des judenfeindlichen Terrors einen Brief an Reichspräsident Paul v. Hindenburg, in dem es u.a. heißt:

„Ich war 1914 verlobt, mein Verlobter fiel 1914. Zwei meiner Brüder...fielen im Jahre 1916 und 1918. Mein letzter Bruder Willy kam erblindet durch Verschüttung aus dem Felde zurück...Alle haben das Eiserne Kreuz für Verdienste am Vaterland. Jetzt jedoch ist es in

¹ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im folgenden: BArch), R 1501/125 794/1, Bl. 101.

² Vgl. Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS – Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1997, S. 35 u. Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 165ff..

unserem Vaterlande so gekommen, dass auf der Straße öffentlich Broschüren gehandelt werden; ‚Juden raus!‘ öffentliche Aufforderung zu Pogromen und Gewalttaten gegen die Juden.

Wir sind Juden und haben unsere vollste Pflicht für das Vaterland erfüllt. Sollte Ew. Exzellenz da nicht Abhilfe schaffen können, und dessen eingedenk sein, was auch die Juden dem Vaterland geleistet haben? Ist die Judenhetze Tapferkeit oder Feigheit, wenn es im deutschen Staat bei 60 Millionen Menschen 1% Juden gibt?“

Dieser Brief wird auch Adolf Hitler persönlich vorgelegt, der an den Rand schreibt: „Diese Behauptungen dieser Dame sind ein Schwindel. Es ist selbstverständlich nicht eine Aufforderung zum Pogrom erfolgt.“³

27./28.2.: In der Nacht des Reichstagsbrandes wird der aus einer jüdischen Familie stammende sozialrevolutionäre Schriftsteller Erich Mühsam verhaftet und zunächst in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, später in verschiedene Konzentrationslager eingeliefert. Am 10. Juli 1934 wird er im KZ Oranienburg ermordet.⁴

März

Kampagne in der Nazi-Presse gegen jüdische Ärzte, Beamte und Rechtsanwälte.

2.3.: Der in Berlin – Buchholz wohnende jüdische Musiklehrer und Schriftsteller Louis Bastheim, schreibt in einem Brief an den preußischen Landtagsabgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Dr. von Winterfeldt, u.a.:

„Ich bin nach Anlage, Erziehung und Tradition konservativ eingestellt und, wenn einem Juden erlaubt ist, ein solches Wort von sich zu gebrauchen, Aristokrat, das heißt: ich habe keine große Meinung von der Weisheit der Masse und bin der Meinung, dass das Regieren eines Volkes von denen ausgeübt werden soll, die durch Anlage, Erziehung und Charakter dazu befähigt sind...Ich wäre also nach meiner inneren Einstellung ein Wähler der rechten Seite. Wenn ich kein Jude wäre, gäbe es für mich keinen Zweifel, wem ich meine Stimme gäbe. Aber so einfach liegt nun die Sache nicht mehr, seitdem die Nationalsozialisten, die die Bekämpfung des Judentums, ja, seine Vernichtung auf ihre Fahne geschrieben haben, mit am Ruder sind...

Jetzt aber fällt mir die Entscheidung schwer. Tagtäglich muss ich in den Zeitungen des Nationalsozialismus...maßlose Beleidigungen, Beschimpfungen der Juden lesen, die ebenso wenig begründet sind als die mittelalterlichen Anklagen, die Juden hätten zur Zeit des schwarzen Todes die Brunnen vergiftet. Tagtäglich lese ich von Verboten von Zeitungen, ohne dass ich auch nur einmal lese, ein Blatt wie der ‚Angriff‘ sei wegen seiner Beleidigungen der Juden verboten worden. Glaubt man denn, unsereins habe kein Ehrgefühl?...Ich wünsche als wahrer Patriot eine konservative Regierung; ich beklage die Krise, die bewirkt, dass der deutsche Volkskörper in Zuckungen liegt; ich weiß, dass im Leben der Völker Krisen oft länger dauern als ein Menschenleben und ich erhoffe mir bei meinem Alter von bald 64 Jahren keine allzu guten Tage mehr. Aber ich möchte wenigstens die Morgenröte einer besseren Zeit heraufsteigen sehen.“⁵

³ Wolfgang Benz, Realität und Illusion. Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus, in: derselbe, Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat, Frankfurt a. M. 1990, S. 120f.

⁴ Vgl. Kurt Kreiler, Vom zufälligen Tod eines deutschen Anarchisten. Leben und Tod des Schriftstellers Erich Mühsam, in: Günter Morsch, Hrsg., Konzentrationslager Oranienburg, Berlin 1994, S. 103.

⁵ BArch, R 8005/48, Bl. 154ff.

4.3.: In der Nacht vom 4. zum 5. März stürmen Nazis das Privathaus des jüdischen Philosophen und Publizisten Prof. Theodor Lessing in Hannover. Möbel und Bücher werden mit Jauche übergossen. Zum Glück ist weder Lessing noch einer seiner Angehörigen zum Zeitpunkt des Überfalls anwesend (siehe auch unter dem 30.8.).⁶

6.3.: Mehrere Nazis stürmen in das Pensionszimmer des amerikanischen Touristen Nathaniel S. Wolff am Kurfürstendamm 48-49. In einem Brief an den Reichsminister des Innern schildert Wolff den Vorgang:

„Heute morgen, um 5 Uhr, kamen fünf oder sechs Nazis mit gezogenen Revolvern in mein Zimmer. Sie beschimpften mich, nannten mich einen schmutzigen russischen Juden und fingen an, meine Sachen zu durchsuchen.“ Wolff wird geschlagen und in einen Raum in der Knesebeckstraße in Charlottenburg verbracht, gefesselt an Händen und Füßen. Vor seiner Freilassung im Grunewald wird er gezwungen, folgendes Papier zu unterschreiben: „1. Ich bin Jude. 2. Ich werde heute Abend nach Paris abreisen. 3. Ich verspreche, nie wieder meinen Fuß auf deutschen Boden zu setzen.“

Eine Angestellte der Pension hat mittlerweile mit dem zuständigen Polizeirevier in der Grolmannstraße telefoniert. Man habe ihr aber mitgeteilt, der Vorfall ginge die Polizei nichts an. Die Nazis hätten das Recht, in jedes Haus mit Gewalt einzudringen.⁷

6.3.: Die thüringische Landesregierung verbietet den „Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“.⁸

7.3.: Der jüdische Dirigent Fritz Busch wird bei einem Konzert in Dresden durch ein Pfeifkonzert der SA am Dirigieren gehindert.⁹

8.3.: In Duisburg-Hamborn, Oberhausen, Moers und in Essen erzwingen SA-Trupps die zweitägige Schließung der „jüdischen“ Warenhäuser von Leonhard Tietz.¹⁰

9.3.: In Kassel werden jüdische Ladenbesitzer gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen, vor denen Nazis lautstarke Kundgebungen organisiert hatten.¹¹

9.3.: In Chemnitz besetzen SA-Leute sowie andere Nazis und Mitglieder des „Stahlhelms-Bund der Frontsoldaten“ Gerichtsgebäude und zwingen jüdische Beamte unter Anwendung von Gewalt zum Verlassen ihrer Amtsräume. Einige von ihnen werden in „Schutzhaft“ genommen. Am Tag darauf ereignen sich ähnliche Vorfälle in Zweibrücken und in Kaiserslautern.¹²

9.3.: SA-Kolonnen marschieren vor der Berliner Börse auf und verlangen den Rücktritt des „jüdischen Börsenvorstandes“.

⁶ Vgl. Katerina Capková, Theodor Lessing – vom Außenseiter zum Symbol der antinazistischen Opposition, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, Jg. 2003, Prag 2003, S. 11.

⁷ BArch, R 1501/125 721, Bl. 18ff.

⁸ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1935, S. 101.

⁹ Vgl. ebenda, S. 103.

¹⁰ Vgl. Ebenda, S. 104 u. Johannes Ludwig, Boykott – Enteignung – Mord. Die „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft, München 1992, S. 104 f.

¹¹ Vgl. Avraham Barkai, Paul Mendes – Flohr u. Steven M. Lowenstein, Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit. Viertes Band: 1918 – 1945, München 1997, S. 195f.

¹² Vgl. Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München u. Zürich 1998, S. 29.

10.3.: Das „Hamburger Tageblatt“ veröffentlicht einen Aufruf unter der Überschrift „Kampf den jüdischen Warenhäusern!“¹³

10.3.: Der jüdische Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg, Dr. Carl Herz (SPD), wird gewaltsam aus seinem Amt vertrieben. Die SA treibt den seit 1926 amtierenden Kommunalpolitiker zur „Belustigung“ der Nazis und ihrer Anhängerschaft durch die York-, Möckern- und Bergmannstraße, um ihn schließlich in einem berüchtigten „Sturmlokal“ in der Friedrichstraße 234 zu foltern. Dr. Herz emigriert 1939 nach England.¹⁴

11.3.: SA-Trupps unter der Leitung des Berliner SA – Führers Graf Helldorf dringen in das Urban-Krankenhaus in Berlin - Kreuzberg ein und verhaften jüdische Ärzte und Mitarbeiter. Mehrere der Verhafteten werden in „wilde Konzentrationslager“ eingeliefert, z.B. in die Kaserne in der General - Pape - Straße. Zu den Opfern der SA gehören der ärztliche Direktor der Klinik, Prof. Dr. Zondek, und Dr. Leo Wiclicki.

Professor Zondek hat in der Vergangenheit unter anderem die Reichskanzler Gustav Stresemann und Hermann Müller, den Reichspräsidenten Paul Löbe, Angehörige der Verleger – Familien Ullstein und Mosse sowie den Schauspieler Fritz Kortner behandelt. Über seine „Amtsenthebung“ berichtet er:

„Inzwischen hatte sich im Nebenraum eine Art SA - Gericht konstituiert, vor das ich geführt wurde. Mein früherer Medizinalpraktikant Herr Kohn (mit ‚K‘ geschrieben) saß da als einer meiner Richter. Sehr kurz und abrupt eröffnete man mir, das ich meiner Stelle als Direktor des Spitals entsetzt sei und dasselbe nicht mehr zu betreten habe.“

Professor Zondek emigriert noch am selben Tag in die Schweiz.¹⁵

11.3.: Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring erklärt auf einer Betriebsversammlung in Essen: „Ich weigere mich aber, die Gedanken anzunehmen, dass die Polizei eine Schutztruppe ist für jüdische Läden. Nein, die Polizei...ist nicht dazu da, um jüdische Wucherer zu schützen.“¹⁶

11.3.: In Breslau verprügeln SA-Leute einzelne Rechtsanwälte und Richter. Dabei dringen sie auch in Justizgebäude ein. Ein Augenzeuge, der jüdische Rechtsanwalt Ludwig Foerder, erinnert sich:

„Plötzlich – genau 11 Uhr – ertönte auf den Korridoren ein Gebrüll wie von wilden Tieren...Die Türen des Anwaltszimmers flogen auf. Herein quollen zwei Dutzend SA-Männer...und schrien ‚Juden raus‘. Einen Augenblick waren wir alle, Juden und Christen, wie gelähmt. Dann verließen die meisten jüdischen Anwälte das Zimmer...Man sah Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, wie sie, manche in ihren Amtsroben, von kleinen Gruppen der braunen Horde auf die Straßen getrieben wurden.“

12.3.: In der Nacht zum 13. März wird in der oberhessischen Stadt Lich der jüdische Bürger Chambré in einem SA-Lokal gefoltert und lebensgefährlich verletzt.¹⁷

2. Märzhälfte: u.a. in Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Frankfurt am Main, Görlitz, Gleiwitz, Leipzig, Münster und Wiesbaden stürmen SA - und SS - Trupps öffentliche

¹³ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Frankfurt a. M. 1969, S. 203.

¹⁴ Vgl. Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen, hrsg. v. d. Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Berlin 1991, S. 371ff., bes. 381ff..

¹⁵ Vgl. Ebenda, S. 277f. u. Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg, hrsg. v. d. VVN Westberlin – Verband der Antifaschisten, a.a.O., S. 14.

¹⁶ Peter Longerich, Politik der Vernichtung, a.a.O., S. 28.

¹⁷ Vgl. Ernst Klee, „Die SA Jesu Christi“. Die Kirchen im Banne Hitlers, Frankfurt a. M. 1989, S. 25.

Einrichtungen (Hochschulen, Börsen, Amtsgerichte), denen ein hoher Anteil jüdischer Studenten bzw. Beschäftigter nachgesagt wird. Es kommt dabei zu Belästigungen und zu Gewaltakten gegenüber Juden.

16.3.: In Mannheim stürmt die SA jüdische Kaufhäuser, nachdem eine von ihr aufgehetzte Menge in Sprechchören lautstark ihre sofortige Schließung gefordert hatte.¹⁸

17. u. 18.3.: In Göttingen zerschlagen Nazis die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäftsinhaber bzw. beschmieren sie mit antisemitischen Parolen.¹⁹

18.3.: In der Hedemannstraße in Berlin- Kreuzberg wird der aus einer jüdischen Familie stammende, achtzehnjährige Bäckerlehrling Siegbert Kindermann von SA-Leuten zu Tode geprügelt, weil er im Jahr zuvor Nazis angezeigt hatte, die ihn auf offener Straße überfallen hatten (siehe auch unter dem 15.4.).²⁰

18.3.: Die Berliner Zeitung der NSDAP, „Der Angriff“, druckt einen zweiseitigen Hetz-Artikel unter der Überschrift „Warenhäuser und Volkswirtschaft – Die schweren Schädigungen der deutschen Wirtschaft durch die jüdischen Warenhäuser!“

19.3.: Der „Völkische Beobachter“ hetzt gegen Richter, andere Justizbeamte und gegen Rechtsanwälte jüdischen Glaubens an Berliner Gerichten: „Wie lange noch soll Moabit...als Neu-Jerusalem der Justiz gelten?“

21.3.: Die jüdischen Richter am Amtsgericht Berlin-Mitte werden abberufen.²¹

21.3.: Der Landesverband Mittelrhein der DNVP schreibt an die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Berlin, die wegen der angeblichen „jüdischen Abstammung“ eines Arztes, der Mitglied der Deutschnationalen werden möchte, entsprechende Ermittlungen angestellt hatte: „Dr. Hans Wassermeyer ist nicht Jude. Die Familie Wassermeyer ist eine alte christliche Familie Bonns. Auch die Mutter des Dr. Hans Wassermeyer entstammt einer alten christlichen Familie. Somit sind die Vermutungen betr. jüdischer Abstammung des Herrn Dr. Hans Wassermeyer absolut irrig.

Wie ich allerdings heute festgestellt habe, ist Dr. Hans Wassermeyer, also der Sohn unseres Justizrates Wassermeyer, mit einer Frau verheiratet, deren Vater getaufter Jude ist.“²²

22.3.: Das „Hamburger Schauspielhaus“ entlässt alle jüdischen Künstlerinnen und Künstler. Bald darauf folgen alle anderen Theater in der Hansestadt diesem Beispiel.²³

24.3.: Die städtischen Behörden in München ordnen an, öffentliche Aufträge in Zukunft nicht mehr an „nichtdeutsche“ Firmen zu vergeben. In den nächsten Monaten folgen u.a. Wuppertal, Remscheid, Essen, Göttingen und Köln.

¹⁸ Vgl. Avraham Barkai u.a., Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit, a.a.O., S. 196.

¹⁹ Vgl. Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte. Die „Entjudung“ der Wirtschaft am Beispiel Göttingens, Hannover 1997, S.37.

²⁰ Vgl. Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg, a.a.O., S. 15 u. Hans-Norbert Burkert, Klaus Matušek u. Wolfgang Wippermann, „Machtergreifung“ Berlin 1933, Berlin 1982, S. 113.

²¹ Vgl. Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933 – 1945, in: Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, hrsg. v. Reinhard Rürup, Berlin 1995, S. 230.

²² BArch, R 8005/48, Bl. 34.

²³ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 203.

24.3.: In Duisburg wird der jüdische Inhaber eines Polstermöbelgeschäftes von SA – Leuten und einem seiner Konkurrenten zusammengeschlagen und anschließend in „Schutzhaft“ genommen.²⁴

25.3.: Der neu in das Kabinett berufene „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“, Dr. Joseph Goebbels, hält im „Haus des Rundfunks“ in Berlin-Charlottenburg eine Ansprache an die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften in der er u.a. ausführt:

„Selbstverständlich hat die Propaganda eine Absicht, aber die Absicht muss so klug und so virtuos kaschiert sein, dass der, der von dieser Absicht erfüllt werden soll, das überhaupt nicht bemerkt. Ich halte es für selbstverständlich und glaube es gar nicht betonen zu brauchen, dass der Rundfunk nun in Zukunft nicht mehr ein Tummelfeld dieser geistigen Asphaltexperimente ist, dass jüdisch-marxistische Schriftsteller im Rundfunk nicht mehr zu Worte kommen, um dort die Abfallprodukte ihres kranken Gehirns abladen zu können. Dafür sollen sie ihre Bücher schreiben, am besten in Hebräisch.“²⁵

25.3.: SA-Kolonnen aus Heilbronn brechen in Häuser jüdischer Bewohner Niederstettens sowie in die Synagoge in Creglingen ein und misshandeln ihre in die örtlichen Rathäuser verschleppten Opfer.

Zwei Juden werden dabei getötet: der 67jährige Hermann Stern und der 53jährige Arnold Rosenfeld.²⁶

25.3.: Der Vizekanzler, Franz von Papen, sendet ein Telegramm an die Deutsch-Amerikanische Handelskammer in New York, in dem es u.a. heißt:

„In Amerika zirkulierende, hier mit Entrüstung vernommene Nachrichten über angebliche Tortur politischer Gefangener und Misshandlung von Juden verdienen stärkste Zurückweisung. Hunderttausende von Juden, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit, die sich politisch nicht betätigt haben, leben hier völlig unbehelligt.“²⁷

25.3.: Der preußische Innenminister Hermann Göring führt auf einem Empfang für ausländische Pressevertreter in Berlin aus:

„Es hat Fälle gegeben, wo Juden festgenommen und geschlagen worden sind. Ich kann aber versichern, dass bereits eine ganze Reihe Angehöriger nationaler Verbände, die sich Übergriffe haben zuschulden kommen lassen, bestraft und entlassen worden sind. Die Regierung und ich selber dulden niemals dass jemand einer Verfolgung ausgesetzt ist nur deshalb, weil er Jude ist.

Wenn die Regierung Maßnahmen gegen eine Überwucherung des jüdischen Elements ergreift, dann ist das eine Sache. Man darf nicht vergessen, dass im Volke eine starke antisemitische Stimmung vorhanden ist.“²⁸

26.3.: Der Generalsuperintendent Otto Dibelius kritisiert in der Zeitung „Der Tag“, die den Deutschnationalen nahe steht, dass der anglikanische Bischof von New York, Dr. Manning, die antisemitischen Aktionen in Deutschland verurteilt habe: „Wie kommt ein anglikanischer Bischof in Amerika dazu, sich zum Schützer des Judentums in Deutschland zu machen?“²⁹

²⁴ Vgl. Avraham Barkai u.a., Deutsch – jüdische Geschichte der Neuzeit, a.a.O., S. 196.

²⁵ Goebbels Reden 1932-1939, hrsg. v. Helmut Heiber, Bd. 1, München 1972, S. 95.

²⁶ Vgl. Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939, München 2000, S. 54.

²⁷ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34, Boppard am Rhein 1983, Bd. 1, S. 261.

²⁸ Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 143.

²⁹ Vgl. Ernst Klee, „Die SA Jesu Christi“, a.a.O., S. 27.

27.3.: Auszug aus einem Brief des jüdischen Arztes Dr. Fritz Fränkel aus Berlin an die Gesandtschaft des Deutschen Reiches in Bern, wohin er mit seiner Familie geflohen ist:
„Am 21. dieses Monats wurde ich von einer Berliner SA - Truppe verhaftet. Es erfolgte eine Haussuchung, bei welcher Akten über Patienten...mitgenommen wurden. Schon in dem ersten SA-Heim wurde ich schwer misshandelt, und zwar mit Peitschen und Gummiknüppeln. Mit einem Riemen erhielt ich einen heftigen Schlag gegen das linke Auge, das jetzt noch blutunterlaufen ist. Es erfolgte die Überführung in eine größere SA - Kaserne in der General – Pape - Straße in Berlin - Schöneberg...Hier wurden die Misshandlungen in grausamer Weise wiederholt. Ich wurde auf eine Holzbank gelegt und der entblößte Rücken so geschlagen, dass das Hemd später klebte. Dann wurde mir...Anzug und Mantel weggenommen. Ich wurde in eine verdreckte Joppe und zerrissene Hose gesteckt. (Ausspruch eines SA-Mannes: Wir haben den Lokus damit gereinigt.)...

Die Misshandlungen wiederholten sich die ganze Nacht über, man goss mir, während ich einen anderen fast zu Tode geprügelten Arzt (Dr. Philippsohn aus Biesdorf bei Berlin) untersuchen musste, einen Eimer mit Wasser über den Kopf. Dann erhielt der Schwerverletzte einen Eimer extra. Ich war dauernd wüsten Beschimpfungen ausgesetzt, musste z.B. ständig erklären: Ich bin ein stinkender Jude. Abgesehen von dem persönlichen Leid wirkte schwer auf mich, dass ich die fortgesetzten Misshandlungen von anderen mir unbekanntem Menschen mit ansehen musste. Da wurde einem Gefangenen die Haut unter den Fußsohlen mit Feuer abgebrannt, zuerst mit der Zigarette, dann mit Streichhölzern, dann mit einer Papierfackel...Man gab dem vorher erwähnten Arzt schweissige Socken zu kauen. Während der Schreie der Gepeinigten wurde im ersten Stock gesungen und Harmonika gespielt. Am nächsten Tage musste ich trotz heftigster Schmerzen ca. eine Stunde exerzieren, (an einem Kellergang) – Laufschrift, Kniebeugen, Wendungen...

Bei der Entlassung wurde mir gedroht, falls ich meine Praxis wieder aufnehmen würde, würde ich am nächsten Tage verschwinden und nicht wieder zum Vorschein kommen. Ferner musste ich mich schriftlich verpflichten, in kürzester Zeit Deutschland zu verlassen und nicht wiederzukehren (auf dem Schein steht: endgültig). Ich fuhr daher Hals über Kopf mit meiner Frau und dem 3jährigen Kinde in die Schweiz.“ Anmerkung: Dr. Fränkel war im 1. Weltkrieg Frontarzt und hatte das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen bekommen.³⁰

27.3: Der deutsche Außenminister Constantin Freiherr v. Neurath erklärt öffentlich zu den Gewalttätigkeiten gegenüber Juden:

„Wenn zu Beginn der nationalen Revolution gewisse Übergriffe Einzelner vorgekommen sind, so ist das gewiss bedauerlich. Es zeugt aber von der ungeheuren Disziplin des deutschen Volkes, dass derartige Eigenmächtigkeiten nur in äußerst wenigen Fällen und dann auch nur in verhältnismäßig milder Form vorgekommen sind...Jeder Besucher muss bei einem Spaziergang durch Berlin feststellen, dass die Juden friedlich ihrer Beschäftigung nachgehen und kein Mensch ihnen ein Haar krümmt.“³¹

28.3.: Hanns Kerrl, der Reichs-Justizkommissar für Preußen, erklärt in einer vom Rundfunk übertragenen Rede vor Berliner Richtern, Staatsanwälten und Justizbeamten:

„Die Rechtsprechung darf nicht allein zwischen den Lücken der Paragraphen versanden, sondern sie muss in erster Linie verankert sein mit dem gesunden deutschen Rechtsempfinden und dem Gewissen jedes einzelnen...Vor allem muss die Säuberung des Gerichtswesens von dem verderblichen Einfluss des Judentums erfolgen.“³²

³⁰ Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, 3. Aufl., München 2000, S. 31ff.

³¹ Keesing's Archiv der Gegenwart 1933, S. 762.

³² Vgl. Johannes Ludwig, Boykott – Enteignung – Mord., a.a.O.,S. 30.

28.3.: Von 18 Uhr an marschieren ca. 200 SA-Männer durch Göttingens Hauptgeschäftsstraßen und demolieren dabei die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte. Einzelne Juden werden verprügelt. In der Nacht kommt es zu Plünderungen. Auf Bürgersteigen werden judenfeindliche Parolen wie „Itzig verrecke“ und „Du wirst erschossen“ gepinselt. Der jüdische Besitzer einer Viehhandlung, Gustav Neuhaus, wird auf einem seiner Schlachterwagen grölend durch die Stadt gezogen. Während der Fahrt werden auch andere jüdische Geschäftsleute gezwungen, auf den Wagen aufzusteigen. Schließlich dringt der Mob auch in die Göttinger Synagoge ein und beschädigt die Inneneinrichtung sowie ein Glasfenster. An diesen Ausschreitungen beteiligen sich neben Nazis auch „ganz normale Bürger“ und vereinzelt auch Kinder und Jugendliche.

28.3.: Die „Jüdische Rundschau“ druckt folgende Meldung ab, die gewalttätige Aktionen gegen jüdische Juristen in Gleiwitz dokumentiert:
„Im Gleiwitzer Amts- und Landgericht gab es am Freitag erhebliche Tumulte. Eine größere Zahl junger Burschen drang in das Gerichtsgebäude ein und misshandelte mehrere jüdische Rechtsanwälte. Der 70jährige Justizrat Kochmann wurde ins Gesicht geschlagen, andere Anwälte mit Faustschlägen traktiert. Eine jüdische Assessorin wurde von Justizbeamten in Schutzhaft genommen. Die Gerichtsverhandlungen mussten unterbrochen werden. Polizei besetzte schließlich das Gebäude, um weitere Störungen zu verhindern.“³³

29.3.: Die Stadt Breslau kündigt die Arbeitsverträge mit insgesamt 28 jüdischen Ärzten, die in kommunalen Krankenhäusern tätig sind. Die Entlassungen treten am 8.4. bzw. am 30.6.1933 in Kraft.³⁴

29.3.: Der aus einer jüdischen Industriellen – Familie stammende Paul Silverberg tritt vom Amt des Vize – Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) zurück, um seiner Absetzung zuvorzukommen. Am 3.4. demissioniert er gleichfalls als Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln. Sein Nachfolger wird der Bankier Kurt Baron von Schroeder, ein entschiedener Förderer der Nazis. Silverberg emigriert im Dezember 1933 in die Schweiz (siehe auch unter dem 31.3.).³⁵

30.3.: Die Bezirksgruppe Gotha der DNVP schreibt an die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Berlin:

„Unter Bezugnahme auf das uns über den Landesverband zugegangene Brieftelegramm betr. Abwehr der jüdischen Gräueltete im Auslande bemerken wir, dass wir nach Lage der Dinge hier davon abgesehen haben, Plakate durch die Straßen tragen zu lassen. Wir haben aber in unseren Ausstellungsfenstern sowie in unseren Zeitungskästen entsprechende Plakate angebracht und glauben, dass diese ebenso gut wirken und unsere Stellungnahme zu den Fragen darlegen. Im übrigen haben wir ja seit Jahren bereits immer und immer wieder die Parole herausgegeben: ‚Deutsche, kauft nur bei Deutschen!‘, haben Flugblätter, Handzettel verteilt und Vorträge über einschlägige Fragen halten lassen. Den von der NSDAP für Sonnabend herausgegebenen Maßnahmen wollen wir uns keinen Umständen als Trabanten anschließen; wir dürfen uns nicht von ihnen ins Schlepptau nehmen lassen.“³⁶

³³ Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht“, a.a.O., S. 29f.

³⁴ Vgl. Andreas Reinke, Stufen der Zerstörung: Das Breslauer Jüdische Krankenhaus während des Nationalsozialismus, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 5, 1994, S. 386.

³⁵ Vgl. Paul Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 – 1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 193ff.

³⁶ BArch, R 8005/48, Bl. 108.

31.3.: Die „Braunschweigische Landeszeitung“ macht auf ihre Art – mit einem Hetz-Artikel gegen die eingewanderten „Ostjuden“ – Stimmung für den Pogrom des kommenden Tages. In dem Artikel heißt es u.a.:

„Nie wäre die soziale und demokratische Idee auf deutschem Boden so furchtbar entartet, wenn nicht jüdische Einwanderer aus Polen und aus Wien, aus Galizien und Paris, aus Russland und Kiew, sich in den Jahren der deutschen Irrungen und Wirrungen eine solche Macht über das Denken und Fühlen der deutschen Arbeiterschaft angeeignet hätten.“³⁷

31.3.: Eine große Menschenmenge, bestehend aus SA-Leuten, erscheint vor den Gebäuden des Landgerichts I und des Amtsgerichts in Berlin-Mitte in der Neuen Friedrich- und Grunerstraße und verlangt lautstark die Entlassung aller jüdischen Richter und Beamte sowie die Entfernung jüdischer Rechtsanwälte aus den Gerichtsverhandlungen.³⁸

31.3.: Im Berliner Kammergericht erlebt der Referendar Dr. Pretzel - später unter dem Namen Sebastian Haffner ein bedeutender Publizist - die Angriffe der SA auf jüdische Richter und Rechtsanwälte. In seinen Memoiren schreibt er dazu u.a.:

„Draußen in den Gängen hörte man Getrappel, vielschrittiges grobes Laufen die Treppen herauf, dann fernes, unentwirrbares Getöse, Rufen, Türeenschlagen...Draußen der Lärm wurde stärker. Einer sagte in die vorhaltende Stille hinein: ‚SA‘. Darauf sagte ein anderer, mit nicht besonders erhobener Stimme: ‚Die schmeißen die Juden raus‘, und zwei oder drei Leute lachten dazu. Dieses Lachen war im Augenblick erschreckender als der Vorgang selbst: Er ließ blitzhaft daran denken, dass ja auch in diesem Raum...Nazis saßen....Inzwischen erschienen die Eindringlinge auch bei uns.

Die Tür wurde aufgerissen, braune Uniformen quollen herein, und einer, offenbar der Anführer, rief mit schallender, strammer Ausrufestimme: ‚Nichtarier haben sofort das Lokal zu verlassen!‘...Indem kam eine braune Uniform auf mich zu und machte Front vor mir: ‚Sind Sie arisch?‘ Ehe ich mich besinnen konnte, hatte ich geantwortet: ‚Ja.‘...Ich empfand einen Augenblick zu spät, die Blamage, die Niederlage. Ich hatte ‚ja‘ gesagt...Ich hatte nicht gelogen. Ich hatte nur viel Schlimmeres geschehen lassen.

Welche Demütigung, Unbefugten auf Befragen pünktlich zu erklären, ich sei arisch...Welche Schande, damit zu erkaufen, dass ich hier (in der Bibliothek des Gerichts - R.Z.) hinter meinem Aktenstück in Frieden gelassen würde! Übrumpelt auch jetzt noch! Versagte in der ersten Prüfung! Ich hätte mich ohrfeigen können.“³⁹

31.3.: Im Verlaufe des Vormittags stürmen bewaffnete SA - und SS - Männer das Gerichtsgebäude am Reichenspergerplatz in Köln. Jüdische Richter und Rechtsanwälte werden aus den Gerichtsverhandlungen oder aus Amtszimmern heraus verschleppt, misshandelt und schließlich auf einem Müllwagen mit offener Ladefläche zum Polizeipräsidium abtransportiert.⁴⁰

31.3.: Im „Angriff“ wird der von den Nazis behauptete Zusammenhang von Judentum und Marxismus paradigmatisch mit folgenden Sätzen formuliert:

„Der Marxismus ist der jüdische Sozialismus. Sein Schöpfer war der Jude Karl Marx, der vor etwa 100 Jahren die geistige Basis dafür schuf. Die Jünger, die seine Lehre in alle Erdteile trugen, waren vornehmlich Juden, z. B. Lassalle, Kautsky, Bernstein, Rosa Luxemburg,

³⁷ Axel Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte, a.a.O., S. 65.

³⁸ Hans-Norbert Burkert, Klaus Matušek u. Wolfgang Wippermann, „Machtergreifung“ Berlin 1933, a.a.O., S. 116 u. Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden, a.a.O., S. 230.

³⁹ Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, München 2000, S. 146ff.

⁴⁰ Vgl. Eric A. Johnson, Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001, S. 100f.

Liebknecht. Auch die heutigen Vertreter des Marxismus, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, sind vornehmlich Juden. Dieser Einfluss der Juden ist selbst in den Gewerkschaften außerordentlich groß, die in den letzten Jahrzehnten für die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung waren. Das ‚Ergebnis‘ der jüdischen Zusammenarbeit in Hochfinanz und Marxismus waren Wucherzinsen und Hungerlöhne.“

In der gleichen Ausgabe stimmt der „Angriff“ seine Leser auf den antijüdischen Boykott des kommenden Tages mit einem Artikel unter der Überschrift „Die Rolle der Juden in der Wirtschaft“ ein, in dem es u.a. heißt: „Während Tausende ehrliche deutsche Existenzen vernichtet wurden, schuf der jüdische Geist gleichzeitig die Basis, auf der die größten Schieber des Jahrhunderts ihr Unwesen treiben konnten.“

31.3.: Im „Stürmer“ schreibt der Organisator des „Judenboykotts“, Julius Streicher, unter der Überschrift „Juda erklärt Deutschland den Krieg!“:

„Warum das alles? Warum der Hass der Juden gegen das neue Deutschland? Warum die Gräuel- und Boykotthetze vom Ausland her? Mit den Glocken von Potsdam wurde ein neues Deutschland eingeläutet. Ein Deutschland, das die Hoffnung der Juden zerbrach, ihr Drohen- und Blutsaugerleben im deutschen Volk ungehindert weiterführen zu können. Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen zerschlagen am Boden, und damit ist zerbrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Hass. Darum die jüdische Gräuel- und Boykotthetze im Ausland.

Am Samstag, dem 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnt des deutschen Volkes Abwehraktion gegen den jüdischen Weltverbrecher.“⁴¹

31.3.: Die „Niedersächsische Tageszeitung“ hetzt unter der Überschrift „Niedersachsen muss führen im Boykott gegen die Juden“:

„Es werden geradezu Deutschpogrome im Ausland veranstaltet, in den Straßen Neuyorks und Londons werden deutsche Volksgenossen von jüdischen Terroristen brutal niedergeschlagen...Das ins Ausland geflüchtete jüdische Literatengesindel versorgt die ausländische Presse mit Gräuelmärchen über die Zustände in Deutschland...Und das sollten wir ruhig mit ansehen, dazu sollten wir schweigen?...Es darf am 1. April auch nicht ein jüdisches Geschäft, nicht ein Büro oder eine Bank geben, das von einem Volksgenossen aufgesucht wird....An der Vernichtung der jüdischen Hetzpropaganda muss die Welt sehen, dass Deutschland wieder am Kommen ist und die Schwächen der marxistisch-jüdischen Vergiftung überwunden hat. Verschont keinen Juden beim Boykott...“⁴²

31.3.: Karstadt entlässt in Berlin alle jüdischen Angestellten. Deshalb wird im Gegensatz zum KaDeWe und den Häusern des Tietz - Konzerns das Kaufhaus am Hermannplatz in Berlin-Neukölln vom antijüdischen Boykott des kommenden Tages nicht betroffen sein.⁴³

31.3.: Der Berliner Kaufmann Walther Kühl, Inhaber eines Geschäftes für Strickwaren und Herrenwäsche in der Leipziger Straße im Bezirk Mitte, wirbt angesichts des am kommenden Tage durchgeführten antijüdischen Boykotts im „Angriff“ mit den Worten: „Deutsche Ostern – Deutsche Ware – Darum kauft bei Kühl!“⁴⁴

⁴¹ Kurt Pätzold, Hrsg., Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983, S. 49.

⁴² Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte, a.a.O., S. 65.

⁴³ Johannes Ludwig, Boykott – Enteignung – Mord, a.a.O., S. 113.

⁴⁴ Ebenda, S. 189.

31.3.: Der „Völkische Beobachter“ titelt auf der Seite 1: „Schlagt den Weltfeind! Alljuda soll den Kampf so lange haben, bis der Sieg unser ist!“

31.3.: Im „Börsenblatt des deutschen Buchhandels“ erklärt der Münchner Verleger Wilhelm Goldmann: „In der letzten Zeit werden meine Herren Vertreter verschiedentlich gefragt, ob mein Verlag eine jüdische Firma sei. Aus Sachlichkeitsgründen und zur Vermeidung von Missverständnissen teile ich mit, dass meine Familie immer christlich war und meine Vorfahren in Schlesien als Bauern ansässig waren.“

31.3.: Der jüdische Vorsitzende des Aufsichtsrates der Rheinischen Braunkohlen AG wird genötigt, diese Funktion niederzulegen.⁴⁵

31.3.: Inge Deutschkron – 1933 ein elfjähriges Kind, das mit seiner jüdischen Familie in Berlin – Friedrichshain wohnt – schildert ihre Erinnerungen an die Nacht vom 31. März zum 1. April 1933:

„An jenem Abend des 31. März 1933 schaute ich von meinem Fensterplatz nicht wie sonst den spielenden Kindern zu. Es fiel mir schwer, mich zu konzentrieren. Mich beunruhigte das unbestimmte Gefühl der Gefahr. Ich wusste, dass die Nazis für den morgigen Tag, den 1. April, den Boykott jüdischer Geschäfte als erste öffentliche Maßregelung von Juden geplant hatten. Immer wieder blickte ich in die Richtung der Kneipe Esmarchstraße und Pasteurstraße, die ich von meinem Fenster aus nicht sehen konnte. Ich wusste, dass dieses Lokal von Nazis bevorzugt wurde. Unwillkürlich lauschte ich auf den schnellen Schritt meines Vaters (eines Lehrers und sozialdemokratischen Funktionärs – R.Z.), der längst hätte zu Hause sein müssen. Auch meine Mutter war beunruhigt. Ich hörte, wie sie wiederholt die Wohnungstür öffnete und in das Treppenhaus und die mit Marmor getäfelte Eingangshalle lauschte...

Die Nacht zum 1. April verlief ruhig. Am nächsten Morgen kehrte mein Vater zurück. Mir fiel nichts Ungewöhnliches an ihm auf. Er schien heiter, und fast übermütig erzählte er, dass ihm der Vater einer Schülerin aus Freude darüber, dass seine Tochter das Abitur bestanden hatte, ein Nachtquartier angeboten hätte, als ihm die Sorgen meiner Eltern bekannt wurden. Er war ein unpolitischer jüdischer Arzt, der meinem Vater sein Sprechzimmer für die Nacht zur Verfügung stellte... Was sich damals drohend andeutete, hatte für uns alle noch allzu sehr den Anschein des Einmaligen, des Unwirklichen, ja des Kuriosen. Keiner von uns konnte ahnen, dass wir eines Tages für eine solche Unterkunft von Herzen dankbar sein würden.“⁴⁶

Inge Deutschkron kann die Zeit des Faschismus überleben, da Freunde sie und ihre Mutter vor den Nazis verstecken.

⁴⁵ Vgl. Cuno Horckenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 153.

⁴⁶ Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, Köln 1978, S. 9ff.

April

1.4.: Landesweiter Boykott „jüdischer“ Geschäfte, Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen und Warenhäuser, organisiert und durchgeführt vor allem von der SA. Den öffentlichen Boykottaufruf des „Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ hat der fränkische Gauleiter und Herausgeber der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer“, Julius Streicher, unterzeichnet.

In Berlin werden z.B. Ärzte aus Krankenhäusern in SA - Heime und –kasernen verschleppt und misshandelt, unter ihnen der Chirurg am Städtischen Urban-Krankenhaus in Berlin-Neukölln, Prof. Dr. Erich Simenauer.⁴⁷

1.4.: Gemäß eines Aufrufs des „Bundesführers des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“, Oskar Stabel, setzen NS-Studenten, SA- und SS-Männer einen Vorlesungsboykott gegen jüdische Dozenten an Hochschulen und Universitäten durch. Dabei wird teilweise brutale Gewalt angewandt. An der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg wird von Nazi - Studenten und SA photographisch dokumentiert, welche Kommilitonen dennoch Lehr - Veranstaltungen bei jüdischen Dozenten besuchen wollten.

1.4.: Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet:

„Aus Annaberg in Sachsen wird gemeldet: Hier zogen heute Vormittag vor den jüdischen Geschäften starke SS - Abteilungen auf und drückten jedem Käufer, der die Läden verließ, einen Stempel mit der Inschrift: ‚Wir Verräter kauften bei Juden‘ ins Gesicht.“

1.4.: Der jüdische Kaufmann Edwin Landau, Inhaber einer Installationsfirma in Deutsch-Krone (Westpreußen), erinnert sich an den „Judenboykott“ in seiner Heimatstadt:

„Ich nahm meine Kriegsauszeichnungen und legte sie an, ging auf die Straße und besuchte jüdische Geschäfte, wo man mich auch zuerst anhielt. Aber in mir gärte es, und ich hätte am liebsten diesen Barbaren meinen Hass ins Gesicht geschrien. Hass, Hass – seit wann hatte dieses Element in mir Platz ergriffen? Seit einigen Stunden erst war in mir eine Wandlung eingetreten.

Dieses Land und dieses Volk, das ich bisher liebte und schätzte, war mir plötzlich zum Feinde geworden. Ich war also kein Deutscher mehr, oder ich sollte es nicht mehr sein...Ich schämte mich, dass ich einst zu diesem Volk gehörte. Ich schämte mich über das Vertrauen, das ich so vielen geschenkt hatte, die sich nun als meine Feinde demaskierten...

In meiner Wohnung rüstete meine Frau zum Sabbat. Ich ging in die Synagoge, wie viele andere Juden. Dort sah ich verzweifelte Gesichter voll tiefstem Seelenschmerz – bleich, zitternd. Noch niemals haben Juden inbrünstiger gebetet als an jenem Abend, wo sie ihr Judesein so gründlich erlebten...Ich begrub 43 Jahre meines Lebens. Und wäre es nur der eine und einzige Tag solchen Erlebens gewesen, jetzt konnte ich kein Deutscher mehr sein... Und was war ich nun? Zwar ich ein religiöser Jude, aber doch schon sehr assimiliert. Ich war heimatlos geworden...

Inzwischen machte sich der Rückschlag im Geschäft bemerkbar. Kunden blieben zurück, Einige Kostenanschläge erhielt ich zurück, da man im Augenblick keinen Gebrauch davon machen könne. Auch Arbeiter musste ich wegen Arbeitsmangels entlassen.“⁴⁸

Erwin Landau emigrierte 1934 nach Palästina.

⁴⁷ Vgl. Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2001, S. 43.

⁴⁸ Margarete Limberg u. Hubert Rübsaat, Hrsg., Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933 – 1938, Berlin, S. 20ff.

1.4.: Der jüdische Inhaber eines Kaufhauses in Wesel, Erich Leyens, Kriegsfreiwilliger im 1. Weltkrieg und Träger des Eisernen Kreuzes I. Klasse, verteilt vor seinem boykottierten Geschäft Flugblätter an Passanten, in denen er gegen die judenfeindliche Aktion der Nazis protestiert. In den Flugblättern heißt es u.a.:

„Unser Herr Reichskanzler Hitler, die Herren Reichsminister Frick und Göring haben mehrfach folgende Erklärungen abgegeben: ‚Wer im 3. Reich einen Frontsoldaten beleidigt, wird mit Zuchthaus bestraft!‘ Die drei Brüder Leyens waren als Kriegsfreiwillige an der Front, sie sind verwundet worden und haben Auszeichnungen für tapferes Verhalten erhalten. Der Vater Leyens stand in freiwilliger Wehr gegen die Spartakisten. Sein Großvater ist in den Freiheitskämpfen an der Katzbach verwundet worden. – Müssen wir uns nach dieser Vergangenheit im nationalen Dienst jetzt öffentlich beschimpfen lassen? Soll das heute der Dank des Vaterlandes sein, wenn vor unserer Tür durch große Plakate aufgefördert wird, nicht in unserem Haus zu kaufen?

Wir fassen diese Aktion, die Hand in Hand mit verleumderischen Behauptungen in der Stadt geht, als Angriff auf unsere nationale und bürgerliche Ehre auf und als eine Schändung des Andenkens von 12.000 deutschen Frontsoldaten jüdischen Glaubens. Wir sehen darüber hinaus in dieser Aufforderung eine Beleidigung für jeden anständigen Bürger. Es ist uns nicht bange darum, dass es in Wesel auch heute noch die Zivilcourage gibt, die Bismarck einstmals forderte, und deutsche Treue, die gerade jetzt zu uns steht.“ Leyens musste 1934 aus Deutschland emigrieren.⁴⁹

Der Berliner evangelische Pfarrer Siegfried Nobile formuliert in seinem Aufsatz „Kirchliches Führertum“, der in der **April-Ausgabe** der Schriftenreihe „Volk und Kirche“ publiziert wird:

„Wer Familie, Rasse, Volk nicht als Gegebenheiten der göttlichen Schöpfungsordnung anerkennt, darf nicht das Amt eines Theologen bekleiden. Kein Jude oder Judenstämmling darf fortan das Ehrenamt eines Geistlichen oder Gemeindeältesten ausüben“ Demgegenüber schreibt der Theologe und Mitbegründer der „Bekennenden Kirche“, Dietrich Bonhoeffer, in einer zeitgleich erscheinenden Flugschrift für die bevorstehenden Synoden, auf denen die faschistischen „Deutschen Christen“ die Entlassung von Pfarrern und anderen Kirchenbediensteten jüdischer Herkunft ermöglichen wollen:

„Es gibt einer Kirche gegenüber, die den Arierparagraphen in dieser radikalen Form durchführt, nur noch einen Dienst der Wahrheit, nämlich den Austritt.“⁵⁰

1.4.: In Chemnitz taucht vor dem Haus des jüdischen Fabrikanten Hans Sachs eine von der SA gesteuerte Mengenmenge auf und droht mit dem Sturm des Gebäudes. Als herbeigeeilte Polizei und einige SA - Männer den Inhaber einer weltbekannten Maschinenfabrik in „Schutzhaft“ nehmen wollen, erschießt sich der in Panik geratene Unternehmer in seinem Schlafzimmer.⁵¹

1.4.: In München wird der jüdische Rechtsanwalt Dr. Michael Siegel auf dem Polizeipräsidium von SA-Hilfspolizei geschlagen und mit dem um den Hals gehängten Schild „Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren“ barfuss durch die Straßen bis vor den Eingang des Justizpalastes gejagt. Das Foto des gedemütigten Anwalts wird von vielen

⁴⁹ Erich Leyens u. Lotte Andor, Die fremden Jahre. Erinnerungen an Deutschland, Frankfurt a. M. 1991, S. 18.

⁵⁰ Manfred Gailus, 1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: Geschichte und Gesellschaft, 29. Jg., 2003, H. 4, S. 497 u. Hannes Heer, „Die große Maskerade des Bösen“, Dietrich Bonhoeffers Bild und Bewertung des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 49. Jg., 2001, H. 12, S. 1081.

⁵¹ Vgl. Johannes Ludwig, Boykott – Enteignung – Mord, a.a.O., S. 112.

Zeitungen im Ausland veröffentlicht und löst weltweit Proteste gegen die antisemitische Politik der Nazis aus.⁵²

1.4.: Die Münchner Rechtsanwaltskammer erklärt in einer Pressemitteilung ihr Einverständnis mit dem antijüdischen Boykott und begrüßt die Anweisung der städtischen Behörden an jüdische Rechtsanwälte, ab sofort das Betreten der Gerichtsgebäude zu unterlassen. Etwa 80 Anwälte sind hiervon betroffen.⁵³

1.4.: Die in Hamburg – Wandsbek praktizierende Ärztin Henriette Necheles – Magnus erinnert sich an den Boykott vom 1.4.:

„Als ich morgens zur Praxis kam, sah ich schon von weitem zwei stramme SA – Männer vor meinem Eingang stehen. Über der Tür klebte ein großes Plakat: ein schwarzer Hintergrund mit einem leuchtenden gelben Fleck in der Mitte. Ich ging in meine Sprechstunde durch die Hintertür und setzte mich an meinen Schreibtisch...

Um neun Uhr begann die Sprechstunde, 9.10 Uhr kam die erste Patientin aufgeregt, schnaubend, dass man sie hindern wollte, zu ihrem Doktor zu gehen! ‚Sind wir in der Zeit der Christenverfolgung?’ 9.20 Uhr Lärm vor der Tür: ‚Wir wollen zu unserem Doktor!’ SA – Mann: ‚Die ist ja gar nicht da, die hat sich gedrückt!’ Darauf geht mein Mädchen an die Tür: ‚Frau Doktor ist da, Sie sind nicht berechtigt, die Sprechstunde zu stören, sie sind nur da, um zu zeigen, dass ein jüdischer Doktor ist.’ So ging es weiter und weiter, die Patienten kamen...mit Blumen, mit kleinen Gaben: ‚Wir wollen Ihnen zeigen, was wir von dieser Politik halten.’ ‚Ich bin nicht krank, Doktor, ich komme, um zu sehen, wie es Ihnen geht.’ Eine kleine Handarbeit, die ‚Boykottdecke’, liegt noch heute in meinem Zimmer. Eine Patientin häkelte sie für mich in jenen Tagen, um mir ihre Zuneigung zu beweisen... Im ganzen war der Boykott unpopulär und wurde nach einem Tag abgebrochen, da die Bevölkerung an derlei Spektakel noch nicht gewöhnt war.“⁵⁴

1.4.: Der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Tiebel hetzt auf einer Kundgebung vor etwa 1.200 Teilnehmern auf dem Marktplatz der Lutherstadt Wittenberg gegen die Juden. Er führt dabei u.a. aus:

„Die Juden verschreien uns Deutsche als Bestien und versuchen die ganze Welt gegen uns zu hetzen. Genau wie 1914/18 beginnen die Lügen von neuem aufzuleben. Damals verbreiteten sie bei den ehemaligen Kriegsfeinden die schändlichsten Lügen und setzten den deutschen Frontsoldaten in seinem Ansehen herunter, der hinter der Front die Frauen der Feinde missbrauche und den Kindern die Augen aussteche. Heute tun sie dasselbe...Die Juden waren es, die am 9. November 1918 die Marxisten in den Sattel der Regierung hoben, sie waren die eigentlichen Führer des armen irgeleiteten Volkes. Sie haben Gewinn aus der Revolution geschlagen und stehen heute als Kapitalisten da.

Jetzt, da es ihnen nicht mehr geheuer in Deutschland ist, gehen sie über die Grenzen mit dem gewonnenen Gelde, mit dem Gelde, welches sie dem deutschen Arbeiter gestohlen haben. Denen aber, die noch hier sind, muss der Rücken tief gebeugt werden...“⁵⁵

1.4.: Die Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei in Sonneberg (Thüringen) richtet folgendes Schreiben an die Hauptgeschäftsstelle der DNVP in Berlin:

„Zufolge der Aufforderung durch den Landesverband Thüringen veranstalteten wir gestern und heute Umzüge von Plakatträgern laut beiliegendem Lichtbild. Die Plakate trugen die

⁵² Ebenda, S. 112f.

⁵³ Ebenda, S. 113.

⁵⁴ Margarete Limberg u. Hubert Rübsaat, Hrsg., Sie durften nicht mehr Deutsche sein, a.a.O., S. 36f.

⁵⁵ Ronny Kabus, Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich, Wittenberg 2003, S. 32.

Aufschrift: ‚Abwehr gegen die jüdische Greuelhetze im Ausland‘, ‚Deutsche, kauft nur bei Deutschen!‘ und ‚Deutsche, kauft nur deutsche Waren!‘

Die von der NSDAP und uns unternommene Aktion ist ruhig verlaufen. Der Erfolg war, dass das halbe Dutzend jüdische Geschäfte geschlossen blieben bzw.. heute schon im Laufe des Vormittags wieder schlossen.“⁵⁶

1.4.: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler notiert in sein Tagebuch: „Der abscheuliche Juden-Boycott im Reich. Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in vierzehn Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wiedergewonnen worden war. Ich weiß nicht, ob man mit diesen strohdummen, böartigen Menschen mehr Ekel oder mehr Mitleid empfindet.“⁵⁷

1.4.: Von nun an beginnt die Beurlaubung jüdischer Staatsanwälte und Beamter im Strafvollzug durch den Reichs-Justizkommissar für Preussen, Hanns Kerrl. Tags zuvor hatte er in einem Erlass allen jüdischen Richtern nahegelegt, sofort ihr „Urlaubsgesuch“ einzureichen. Ansonsten drohe ihnen das amtliche Verbot, künftig Gerichtsgebäude betreten zu dürfen.

Zugleich wird angeordnet, dass ab sofort nur eine begrenzte Anzahl jüdischer Rechtsanwälte praktizieren dürfe, die dem Verhältnis der jüdischen zur sonstigen Bevölkerung entspreche.⁵⁸

3.4.: Der in Breslau lebende Schriftsteller Walter Tausk notiert in sein Tagebuch: „Der Boycott hat sich in ganz Schlesien zu einem Blutausch der SA entwickelt, zu offenen Plündereien, Gewalttaten, Racheakten...Unter anderem hat man festgestellt: Bei der Breslauer Firma Louis Lewy jun. ist die SA bis unters Dach gekrochen und hat den Chef gesucht. Bei einer anderen jüdischen Firma, J. J. Beier, Antonien - Straße 2-4 (Kinderkonfektionsfabrik), hat die SA den ganzen Laden nach braunen Stoffen aller Art durchsuchen lassen – diese Suche musste das jüdische Personal vornehmen, während das christliche beiseite stand, und dann musste das jüdische Personal die betreffenden Stoffe eigenhändig ins Braune Haus fahren...“

In Oels haben zwei Überfallkommandos der SA in der Wohnung und im Geschäft der Inhaber der Firma Tokus übel gehaust und die Familien zum Teil schwer mit dem Gummiknüppel verletzt...SA - und SS – Patrouillen durchsuchen die besseren und besten Cafés und Konditoreien und lassen sich von allen Gästen die Legitimationen zeigen! Jüdisch aussehende Leute (auch christliche mit jüdischem Aussehen!) werden aus den Lokalen gewiesen. Sitzen jüdisch Aussehende mit Christen zusammen – eventuell mit christlichen Damen oder Mädchen -, so nimmt man sie mit auf das Braune Haus und ‚verhört‘ sie, um sie dann mit ‚Ermahnungen‘ wieder zu entlassen – oder etwas zu verprügeln.“⁵⁹

3.4.: Die „Jenaische Zeitung“ meldet:

„In der soeben abgehaltenen Generalversammlung des Einzelhandelsverbandes Jena wurde ein Antrag, demzufolge nur deutschstämmige christliche Kaufleute Mitglieder des Einzelhandelsverbandes sein dürfen, einstimmig angenommen. Zur Begründung erklärten die Antragsteller, dass es sich hier keinesfalls darum handele, den Einzelnen zu treffen, sondern das durch die Rasse bedingte jüdische Geschäftsgebaren.“⁶⁰

⁵⁶ BArch, R 8005/48, Bl. 107.

⁵⁷ Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937, hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1982, S. 757.

⁵⁸ Vgl. Deutscher Geschichtskalender, A: Deutschland mit Danzig und Österreich, Januar bis März 1933, Leipzig 1933, S. 46.

⁵⁹ Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933 – 1940, hrsg. v. Ryszard Kincel, Berlin 2000, S. 57f.

⁶⁰ Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden. Wunder der Wirtschaft, Erbe der Deutschen, Hamburg u. Wien 2001, S. 35.

3.4.: Die „Arisierung“ der Tietz-Warenhäuser beginnt mit dem Rückzug der jüdischen Mitglieder aus dem Aufsichtsrat. Schließlich bekommt das „arisierte“ Unternehmen am 11. Juni den neuen Namen „Westdeutsche Kaufhof AG“. Drahtzieher und Begünstigte dieser Maßnahmen sind die Großbanken Commerzbank, Dresdner Bank und Deutsche Bank, die zum „Schnäppchenpreis“ Aktienpakete der jüdischen Eigentümer-Familie erwerben.⁶¹

3.4.: Der in Berlin - Biesdorf praktizierende Arzt Dr. Arno Philippsthal wird von Nazis ermordet. Angeblich hatte er vor Zeugen die Uniform der SA als „schießbraun“ bezeichnet (siehe auch unter dem 27.3.).

4.4.: Der „Völkische Beobachter“ fordert in einem Artikel die Entlassung jüdischer Vertrauensärzte, da es eine „Kulturschande ungeheuersten Ausmaßes“ sei, wenn deutsche Frauen und Mädchen von jüdischen Ärzten untersucht würden:
„Denn wir kennen nur allzu gut die Einstellung des Juden zur deutschen Frau – kennen sie aus der Flut schmutzigster erotischer Literatur, die uns seit 14 Jahren überschwemmt, kennen sie aus der schwülen Luft großstädtischer Nachtlokale, aus den widerwärtigen Geilheiten moderner Negermusik, kennen sie aus der hemmungslos aufpeitschenden Produktion der jüdischen Filmkonzerne, aus unzähligen öffentlichen und geheimen Skandalaffären, kennen sie nicht zuletzt aus den Bildern der Schönheitskonkurrenz, die uns tausendfach das lüsterne Lächeln um die wulstigen Lippen der Preisrichter gezeigt haben, die grinsend Beine und Brust ihrer Opfer abtasten. Millionen von deutschen Menschen lehnen deshalb mit uns den jüdischen Arzt entschieden ab – aber noch zwingt sie das Gesetz, die Untersuchung durch den Vertrauensarzt hinzunehmen, auch wenn er ein Jude ist.“⁶²

4.4.: Der Generalsuperintendent Otto Dibelius rechtfertigt in einer Rundfunkansprache, die bis in die USA ausgestrahlt wird, den „Juden-Boycott“ vom 1.4., der „in Ruhe und Ordnung“ verlaufen sei.

Dibelius wird nach dem Zweiten Weltkrieg evangelischer Bischof von Berlin-Brandenburg.

4.4.: Im Scheunenviertel in Berlin-Mitte veranstaltet die Polizei eine großangelegte Razzia gegen jüdische Bewohner und verhaftet dabei unter anderem zehn polnische Juden, die keine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Der Rundfunk berichtet live über diese Polizeiaktion. Verhöre der Polizeibeamten werden ebenso übertragen wie Interviews mit beteiligten Personen. Reporter schalten sich dabei teilweise in die polizeilichen Verhöre ein.⁶³

5.4.: In einem Brief an Reichspräsident Paul von Hindenburg formuliert Adolf Hitler u.a.:
„Die Abwehr des deutschen Volkes gegenüber der Überflutung gewisser Berufe durch das Judentum hat zwei Gründe: Erstens das ersichtliche Unrecht, das durch die unerhörte Zurücksetzung des deutschen Staatsvolkes gegeben ist...Zweitens die schwere Erschütterung der Autorität des Staates, die dadurch bedingt wird, dass hier ein mit dem deutschen Volk nie ganz verwachsener Fremdkörper, dessen Fähigkeit in erster Linie auf geschäftlichem Gebiet liegt, in die Staatsstellungen drängt und hier das Senfkorn für eine Korruption abgibt, von deren Umfang man auch heute noch keine annähernd genügende Vorstellung besitzt...“

⁶¹ Vgl. Johannes Ludwig, Boycott – Enteignung – Mord, a.a.O. S. 114ff.

⁶² Vgl. Hans-Norbert Burkert, Klaus Matušek u. Wolfgang Wippermann, „Machtergreifung“ Berlin 1933, a.a.O., S. 117f.

⁶³ Vgl. Horst Helas, Juden in Berlin-Mitte. Biografien – Orte – Begegnungen, 2., ergänzte u. durchgesehene Aufl., Berlin 2001, S. 43 u. derselbe, Die Razzia am 4. April 1933, in: Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins, Berlin 1994, S. 135f.

Dass die Abwehr einer so verfahrenen Lage für den Einzelnen schwere Folgen mit sich bringt, ist verständlich. Allein die Arbeitslosigkeit für einen jüdischen Intellektuellen ist nicht härter als die Arbeitslosigkeit, die Millionen unserer Volksgenossen getroffen hat. Und zwar getroffen in der Auswirkung allgemeiner Verhältnisse, die nicht ihnen zur Last gelegt werden können, für die man aber im Großen jene Faktoren verantwortlich machen muss, die schon vor dem November 1918 und besonders seitdem eine planmäßige Zerstörung des Reiches betrieben haben.“

5.4.: Das „Wittenberger Tageblatt“ berichtet über den Boykott jüdischer Händler auf dem städtischen Markt:

„Auf dem Jahrmarkt nahm gestern Mittag ein großer Teil der Bevölkerung gegenüber den jüdischen Ständen eine bedrohliche Haltung ein. Im Interesse der eigenen Sicherheit der jüdischen Händler wurden diese seitens der Polizei aufgefordert, ihre Stände zu räumen.“⁶⁴

5.4.: Das „Göttinger Tageblatt“ veröffentlicht eine „Erklärung“ von 21 Einzelhändlern der Stadt mit folgendem, sehr bemerkenswertem Text:

„Es wird das Gerücht verbreitet, dass die deutschen Geschäfte in Göttingen nach dem Boykott der jüdischen Geschäfte ihre Preise erhöht hätten bzw. noch erhöhen würden. Als gute Treuhänder und als vornehm denkende Kaufleute weisen wir dieses Gerücht hiermit auf das energischste zurück.“⁶⁵

5.4.: Die Stadt Düsseldorf kündigt allen im Dienst der Stadt stehenden Apothekern, Ärzten und Chemikern jüdischer Herkunft ihre Arbeitsverträge.

6.4.: Adolf Hitler äußert vor ärztlichen Spitzenverbänden:

„Die rassenhygienische Reinigungsarbeit, die jetzt geleistet wird, wird sich vielleicht erst in Jahrhunderten auswirken. Der deutschen Jugend muss Lebensraum und Arbeitsmöglichkeit durch tatkräftige Zurückdrängung fremdrassiger Elemente geschaffen werden.“⁶⁶

6.4.: Ein SA-Trupp dringt in das Gebäude der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ein und trägt u.a. die Forderung vor, sofort eine „Säuberung der Beamtenschaft von Juden und Freimaurern“ einzuleiten.⁶⁷

6.4.: Eine Hundertschaft von Studenten der Hochschule für Leibesübungen sowie SA-Männer dringen in das Institut für Sexualwissenschaft in Berlin-Tiergarten, In den Zelten Ecke Beethovenstraße, ein. Während eine Blaskapelle spielt, werden die Bibliothek und Einrichtungsgegenstände abtransportiert bzw. vernichtet. Leiter des Instituts ist der aus einer jüdischen Familie stammende Mediziner Dr. Magnus Hirschfeld. Neuer Mieter des Gebäudes wird später u.a. der Bund Nationalsozialistischer Juristen.

7.4.: Rücknahme der Zulassung von Rechtsanwälten „nichtarischer“ Abstammung, mit Ausnahme der ehemaligen Frontkämpfer und derjenigen Anwälte, die bereits vor dem 1.8.1914 ihre Zulassung erteilt bekommen hatten.⁶⁸

7.4.: Der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins, Rudolf Dix, fordert die jüdischen Vorstandsmitglieder auf, „freiwillig“ ihre Ämter zur Verfügung zu stellen.⁶⁹

⁶⁴ Ronny Kabus, Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich, a.a.O., S. 33.

⁶⁵ Vgl. Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte, a.a.O., S. 66.

⁶⁶ Keesing's Archiv der Gegenwart, a.a.O., S. 777f.

⁶⁷ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1, a.a.O., S. 333.

⁶⁸ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 36, 10.4.1933, S. 188f.

7.4.: Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ enthält den § 3 (so genannter Arierparagraph), der es ermöglicht, „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind“, in den Ruhestand zu versetzen.⁷⁰

7.4.: Am Luther-Lyzeum in Berlin-Kreuzberg werden die jüdischen Lehrer Oskar Beer, Rudolph Lehmann, Charlotte Hurwitz und Erich Bandmann suspendiert und kurz darauf entlassen. Der Mathematik- und Physik-Lehrer Bandmann „verschwindet“ im Oktober 1942 während seiner Deportation von Berlin nach Riga.⁷¹

7.4.: Ein soeben konstituiertes Sondergericht beim Kammergericht Berlin verurteilt einen staatenlosen jüdischen Händler, der so genannte Gräuelnachrichten über Judenverfolgungen in Deutschland verbreitet habe, zu einer einjährigen Gefängnisstrafe.⁷²

8.4.: In einer Versammlung im Berliner Hotel „Kaiserhof“, bei der zahlreiche prominente Theaterschaffende anwesend sind, führt Joseph Goebbels zur „Judenfrage“ u.a. aus: „Ich glaube, man braucht den Juden gar nicht gesetzmäßig auszuschalten. Das deutsche Volk wird ihn allmählich selbst ausschalten und diesen unserem Volkstum fremden Menschentyp verdrängen. Der freie Wettbewerb wird von selbst zu dem gewünschten Ziele kommen. Wenn darüber geklagt wird, dass der Jude aus der öffentlichen künstlerischen Tätigkeit verdrängt wird, so finde ich diese Klage unangebracht, nachdem 14 Jahre hinter uns liegen, in denen dasselbe Schicksal den Deutschen beschert war. Eine Kunst wird um so größeren internationalen Wert haben, je tiefer sie dem Volkstum entsteigt.“

9.4.: Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zur Politik gegenüber den Juden in Deutschland u.a.: „Wer ‚marxistisch‘ vorbelastet und wer jüdisch ist, muss gehen. Wir brauchen nicht zu betonen, dass die bessere Parole hieße: Wer nichts taugt oder wer den Staatszweck stört, der muss verschwinden.“

9.4.: Der in Berlin – Kreuzberg, Oranienstraße 2, praktizierende Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Salinger richtet an den Reichskommissar für das Preußische Justizministerium, Hanns Kerrl, folgendes Schreiben:

„Hiermit erkläre ich ergebenst, mich zur weiteren Ausübung meines Berufes als Rechtsanwalt bei den Berliner Gerichten und als Notar zuzulassen...Die jetzt bestehende Rechtslage erkenne ich als für mich verbindlich an. Ich habe eine rein deutsche Erziehung genossen und fühle mich als Deutscher. Der Regierung der nationalen Erhebung gegenüber werde ich mich stets loyal verhalten.“

Am 29.4. gibt eine im gleichen Haus wohnende Nachbarin des Anwalts in einem Brief an das Preußische Justizministerium zu Protokoll:

„Ich erkläre folgendes: Mein Sohn ist Mitglied der SA, Horst – Wessel – Sturm 5. Ich kenne Herrn Rechtsanwalt Dr. Ernst Salinger seit etwa 18 Jahren und wohne in dem Haus, in welchem er seit dem Jahre 1919 seine Kanzlei hat. In den Jahren 1915 bis 1918 war er zum Militär eingezogen, und er ist im Jahr 1915 an die Front gekommen.“

⁶⁹ Vgl. Eva Douma, Deutsche Anwälte zwischen Demokratie und Diktatur 1930 – 1955, Frankfurt a. M. 1998, S. 25.

⁷⁰ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 34, 7.4.1933, S. 175.

⁷¹ Vgl. Dr. Bandmann. Ein Lehrer – Eine Geschichte, hrsg. v. zwei Geschichtskursen der Hector-Peterson-Gesamtschule in Berlin, Berlin 2003, S. 3f.

⁷² Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 166.

Ich weiß, dass er sich niemals in kommunistischem Sinne betätigt hat, ich kann dies auch von seinen Eltern, die ich auch selbst persönlich sehr gut gekannt habe, bekunden. Ich selbst bin arischer Abstammung und stehe auf nationalem Boden.“

Als „Frontkämpfer“ und Kriegsbeschädigter des Ersten Weltkrieges wird Salingers Name erst am 1. Dezember 1938 aus dem Berliner Anwaltsverzeichnis gelöscht.⁷³

10.4.: Der Berliner Studentenseelsorger und Dominikanerpater Franziskus Stratmann schildert in einem Brief an den Münchner Erzbischof, Michael Kardinal Faulhaber, welche Prügelorgien die SA an Juden während des Boykotts am 1.4. begangen habe:

„Ich selbst habe hier im St. Norbert-Krankenhaus, wo ich Hausgeistlicher bin, den nackten Körper eines jüdischen Kaufmanns gesehen, der die grauenhaftesten Spuren der Misshandlung aufwies. Man hat den Herrn...in einem SA - Heim stundenlang geschlagen, zusammen mit anderen Juden..“

11.4.: Erste Durchführungsverordnung zum „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ definiert, wer Jude ist:

„Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat. Wenn ein Beamter nicht bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen ist, hat er nachzuweisen, dass er arischer Abstammung oder Frontkämpfer, der Sohn oder Vater eines im Weltkriege Gefallenen ist...Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rassenforschung einzuholen.“⁷⁴

Der „Frontkämpfer-Passus“ ist erst nach Intervention des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in die Durchführungsverordnung aufgenommen worden. Hindenburg hatte am 4.4. einen entsprechenden Brief an Adolf Hitler gerichtet.

12.4.: Die „Deutsche Studentenschaft“ (Hauptamt für Presse und Propaganda) organisiert einen so genannten Aufklärungsfeldzug „Wider den undeutschen Geist“. Auf einem überall in den Universitätsstädten geklebten Plakat mit 12 Thesen heißt es u.a.:

„Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er...Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen...Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste...An allen Hochschulen wird am 10. Mai 1933 das zersetzende Schrifttum den Flammen überantwortet.“

12.4.: Das Präsidium der Industrie- und Handelskammer zu Berlin nötigt seinen Vizepräsidenten Heinrich Grünfeld, den jüdischen Seniorchef einer alteingesessenen Berliner Textil- und Bekleidungsfirma, zum Rücktritt.⁷⁵

12.4.: Im Konzentrationslager Dachau kommt es zu den ersten Häftlingsmorden. Betroffen sind vier aus Nürnberg bzw. Fürth stammende Juden, die zuerst gequält und dann – so der Nazi- Jargon – auf der Flucht erschossen werden. Es handelt sich um den Studenten Arthur Kahn, die Kaufleute Ernst Goldmann und Erwin Kahn sowie um den Diplom-Volkswirt Dr. Rudolf Benario.⁷⁶

⁷³ Vgl. Juden in Kreuzberg, a.a.O., S. 62f.

⁷⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 39, S. 195.

⁷⁵ Vgl. Johannes Ludwig, Boykott – Enteignung – Mord, a.a.O., S. 184ff.

12.4.: Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e.V. meldet antisemitische Boykottaktionen der SA gegen Warenhäuser der Firma Leonhard Tietz in Ludwigshafen.

12.4.: In Berlin – Kreuzberg, Skalitzer Straße 46, heiratet der zum Judentum konvertierte „Arier“ Max Rosenhand eine Jüdin. Noch am Abend der Hochzeitsfeier verschleppt ihn die SA in eines ihrer „wilden KZ“ und schlägt ihn brutal zusammen.⁷⁷

12.4.: Die in Frankfurt am Main lebende Buchhändlerin Adele Kappus schreibt an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, zugleich Reichsminister für Wirtschaft und Finanzen, folgendes Schreiben:

„Es wird Ihnen sicher nicht unerwünscht sein, Stimmungen und Meinungen der Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei (ich bin seit Dezember 1918 Mitglied der Partei) zu kennen. Seit etwa einer Woche ist es in der Presse über die Judenboykottbewegung stiller geworden, und doch schwelt die Judenfrage weiter und ist und bleibt für das Gelingen der nationalen Revolution...eine Kernfrage.

Hier in Frankfurt ist die christliche und jüdische Wirtschaft so ineinander verflochten und in anderen deutschen Städten wird es ähnlich sein – dass man nicht den einen Wirtschaftsteil schädigen kann, ohne den anderen aufs schwerste mitzutreffen. Durch den Boykott der jüdischen Geschäfte sind nicht nur die jüdischen Kreise betroffen, sondern tausende und abertausende christliche Existenzen in Frage gestellt oder bereits vernichtet.

Ich bin seit 12 Jahren Angestellte einer hiesigen Buchhandlung..., deren Inhaber Juden sind. Die Firma besteht seit 148 Jahren, ihre Inhaber haben 4 Jahre an der Front gestanden, resp. die Söhne haben den ganzen Feldzug mitgemacht. Seit Jahrzehnten ist sie Lieferant deutscher Bibliotheken, Behörden, Institute und zwar zu deren vollsten Zufriedenheit.

Nun hat man ihr diese Lieferungen entzogen, wodurch das Geschäft zum Erliegen kommen muss. Man hat mir bereits meine Kündigung ausgesprochen, ich werde arbeitslos und mit mir meine Kollegen...Wir alle haben in den langen Jahren der Geschäftsleitung Gerechtigkeit und Wohlwollen erfahren und sehen uns nun durch ein Schicksal von einer uns teuer gewordenen Tätigkeit entfernt und in unserer Existenz vernichtet.

Gleich uns geht es Hunderttausenden, gar nicht zu reden von den unzähligen Einzelexistenzen, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Privatlehrern, deren jüdische Kunden sich selbstverständlich zurückziehen...Man kann bei der ganzen Aktion beinahe sagen, dass der Pfeil auf den Schützen selbst zurückschnellt.

Wenn man gegen die höchst unerwünschten nach 1918 aus dem Osten eingewanderten Elemente Front macht, so wird jeder von Herzen zustimmen, aber seit Jahrhunderten eingesessene jüdische Menschen, die sich als Deutsche fühlen und die Jahrhunderte lang dem Vaterland und ihren christlichen Mitbürgern wertvollste Dienste geleistet haben, nun mit einmal als Paria zu behandeln – es muss einmal ausgesprochen werden – ist unklug und Deutschlands unwürdig.“⁷⁸

13.4.: Der Textilindustrielle Georg Müller – Oerlinghausen, zugleich Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), warnt in einem Brief an die Geschäftsführung des Verbandes davor, der antisemitischen Politik des Nazi – Staates Folge zu leisten. Er schreibt u. a.:

⁷⁶ Vgl. Jürgen Matthäus, Konrad Kwiet, Jürgen Förster u. Richard Breitman, Ausbildungsziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“, Frankfurt a. M. 2003, S. 43f.

⁷⁷ Vgl. Juden in Kreuzberg, a.a.O., S. 205.

⁷⁸ BArch, R 8005/48, Bl. 63f.

„Wir sind dazu da, das Recht der freien Meinung zu bewahren und die staatlichen Gewalten von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Dazu ist erstes Gebot: Klarheit in allen Dingen. Dazu gehört z. B. die Judenfrage. Der RDI kann und darf niemals eines Einverständnisses mit der unerhörten Disqualifikation und Bedrückung des deutschen Judentums geziehen werden, wenn er noch ein moralisches ‚standing‘ beanspruchen will.

Sollte wegen einer solchen Haltung wirklich einmal der Reichsverband vorübergehend oder längere Zeit nicht die Möglichkeit haben, sich bei den maßgebenden politischen Führern Gehör zu verschaffen, nun, dann müssen wir dies Schicksal tragen in der Überzeugung, das Beste gewollt zu haben.“⁷⁹

14.4.: Die Berliner Ärztin Dr. Hertha Nathorff notiert in ihrem Tagebuch:

„Aus allen Berufen, aus allen Stellen schalten sie die Juden aus ‚Zum Schutze des deutschen Volkes‘. Was haben wir diesem Volk denn bis heute getan? In den Krankenhäusern ist es furchtbar. Verdiente Chirurgen haben sie mitten aus der Operation herausgeholt und ihnen das Wiederbetreten des Krankenhauses einfach verboten.“⁸⁰

15.4.: Die „Gubener Zeitung für Stadt und Land“ (Mark Brandenburg) berichtet über die ersten Beurlaubungen jüdischer Professoren durch den preußischen Kulturminister Dr. Rust: „Insgesamt sind davon 16 Hochschulprofessoren, vor allem Staatsrechtler und Nationalökonom, erfasst worden. Die meisten entfallen auf Frankfurt, nämlich Heller, Hochheimer, Löwe, Mannheimer, Sinzheimer und Tillich. Die weiteren beurlaubten Professoren sind Bonn von der Handelshochschule und Lederer von der Universität Berlin. Cohn = Breslau, Dehn = Halle, Feiler = Königsberg, Kantorowicz und Löwenstein = Bonn, Kantorowicz = Kiel, Kelsen = Köln und Mark = Breslau.“⁸¹

15.4.: Erneut wird in der Hedemannstraße in Berlin-Kreuzberg ein Jugendlicher jüdischen Glaubens von den Nazis ermordet; es handelt sich diesmal um einen Siebzehnjährigen namens Spido.⁸²

22.4.: Die Kampffraktion „Wider den undeutschen Geist“ beschlagnahmt in der Kieler Universitätsbibliothek Publikationen „undeutscher“ Dozenten und Literaten, unter ihnen solche von jüdischen Autoren, wie z.B. Jakob Wassermann und Kurt Tucholsky.⁸³

22.4.: Der Deutsche Apothekerverein führt den „Arierparagraphen“ ein.

22.4.: Löschung von Patentanwälten „nichtarischer“ Abstammung.⁸⁴

22.4.: Eine Verordnung der Reichsregierung schließt jüdische Ärzte von der Tätigkeit für die Krankenkassen („Kassenärzte“) aus. Eine Ausnahme gilt nur für Söhne gefallener Soldaten und Teilnehmer am Ersten Weltkrieg. Die Verordnung ist bis zum 1.7.1933 umzusetzen.⁸⁵

⁷⁹ Paul Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 – 1933, a.a.O., S. 187.

⁸⁰ Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Aufzeichnungen 1933 bis 1945, hrsg. u. eingeleitet v. Wolfgang Benz, München 1987, S. 109.

⁸¹ Vgl. Margrid Bircken u. Helmut Peitsch, Hrsg., Brennende Bücher. Erinnerungen an den 10. Mai 1933, Potsdam 2003, S. 139.

⁸² Vgl. Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg, a.a.O., S. 15.

⁸³ Vgl. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik – Wirtschaft – Kultur, Bd. 2/I, Das Dritte Reich, Düsseldorf 1982, S. 47.

⁸⁴ Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 41, 12.4.1933, S. 217f.

⁸⁵ Ebenda, Nr. 42, 25.4.1933, S. 222f.

25.4.: Das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ regelt, dass die Zahl der Neuzulassungen jüdischer Schüler und Hochschulstudenten auf maximal 1,5 Prozent der jeweiligen Schüler- bzw. Studentenzahl zu begrenzen ist. Pro Schule dürfen höchstens 5 Prozent der Schülerschaft Juden sein.⁸⁶

25.4.: An der Kieler Universität verlangen Nazi-Studenten die Beurlaubung von insgesamt 28 jüdischen und „marxistischen“ Dozenten.⁸⁷

25.4.: Die deutschen Sport- und Turnvereine übernehmen den „Arierparagrafen“.

26.4.: Die Gesundheitsbehörden des Magistrats von Berlin schicken ab sofort keine Patienten mehr in Sanatorien, deren Leitung sich in „jüdischer Hand“ befinde.⁸⁸

26.4.: Durch Gesetz wird das „Geheime Staatspolizeiamt“ in Berlin geschaffen. Sein erster Leiter wird der Oberregierungsrat Diels, der unmittelbar dem Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring untersteht. Diels wird am 22.11.1933 zum Ministerialrat und zugleich zum Polizei – Vizepräsidenten von Berlin ernannt.⁸⁹

26.4.: In einem Brief des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg an den Präsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, Prinz Carl von Schweden, heißt es u.a.: „Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat in dieser Zeit eine mustergültige Disziplin bewahrt, die umso mehr anzuerkennen ist, als gerade von jüdisch und jüdisch-marxistischer Seite der jetzt zum Siege gelangten nationalsozialistischen Bewegung früher schweres Unrecht zugefügt worden ist...Besonders seit dem Umsturz von 1918 und durch diesen begünstigt hatte das Judentum in der Besetzung öffentlicher Ämter und sonst im öffentlichen Leben einen Platz eingenommen, der in keinem Verhältnis zu seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung stand.“⁹⁰

28.4.: Jüdische Schulamtsbewerber erhalten keine Fortbildungszuschüsse mehr.

30.4.: Im Reichsverband der deutschen Presse wird der „Arierparagraph“ eingeführt: Juden (und „Marxisten“) dürfen künftig nicht mehr Mitglieder werden, über den Verbleib der jüdischen Mitglieder entscheiden die Vorstände der Landesverbände.⁹¹

Mai

Mai bis August: Die Stadtverwaltungen von Tübingen, Plauen, Nürnberg, Erlangen und München verbieten Juden das Aufsuchen öffentlicher Schwimmbäder; in Berlin wird für „Nichtarier“ das Strandbad Wannsee gesperrt (siehe auch unter dem 21.8.).

1.5.: Ein Reichsgesetz tritt in Kraft, dass das rituelle Schächten verbietet.⁹²

⁸⁶ Vgl. Ebenda, Nr. 43, 26.4.1933, S. 226 u. Keesing's Archiv der Gegenwart, a.a.O., S. 803.

⁸⁷ Vgl. ebenda.

⁸⁸ Vgl. Norbert Burkert, Klaus Matušek u. Wolfgang Wippermann, „Machtergreifung“ Berlin 1933, a.a.O., S. 118.

⁸⁹ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 476 u. Reinhard Rürup, Hrsg., Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ – Eine Dokumentation, 14. überarbeitete u. erweiterte Auflage, Berlin 2002, S. 55ff.

⁹⁰ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1, a.a.O., S. 391f.

⁹¹ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 191.

5.5.: Der Breslauer Schriftsteller Walter Tausk schreibt in seinem Tagebuch: „Auf dem Breslauer Polizeipräsidium hat man jetzt ein ‚Judendezernat‘ eingerichtet. Der betreffende Polizeirat Eile heißt und nennt sich selbst: Judenschreck. An den Schulen gehen die ‚Beurlaubungen‘ weiter. Dabei kommt es vor, dass Schüler ‚einstimmig‘ die Absetzung von Lehrkräften inklusive Schulleitern beantragen und verfügen – weil ihnen diese Leute nicht sympathisch sind! Die Schüler taufen auch ihre Schulen auf andere Namen um!...In den Schulen wurden jetzt die ‚nichtarischen‘, also jüdischen Kinder, durch einige Lehrer von den andern getrennt, für sich gesetzt! Auch in Klassen, wo überwiegend ‚nichtarische‘ und ganz wenige ‚arische‘ Kinder waren.

Zum Teil haben das die Kinder, die ‚arischen‘, selbst verlangt! Sie wurden von offenen Pöbeleien der Lehrer unterstützt, die zum Beispiel in der Augustaschule, Breslau, die jüdischen Kinder im Geschichtsunterricht nicht mit drannehmen, ‚weil sie ja doch keine deutsche Geschichte verstünden, die sie auch nichts anginge‘.⁹³

6.5.: Personen „nichtarischer Abstammung“ dürfen nicht mehr allgemein als Steuerberater zugelassen werden.⁹⁴

6.5.: Die jüdischen Leiter des Krankenhauses Moabit in Berlin-Tiergarten und des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin-Wedding werden entlassen.

6.5.: Die „Deutschen Christen“ veröffentlichen ihre „Grundsätze“. Dort heißt es u.a.: „Die evangelische Reichskirche ist die Kirche der Deutschen Christen, das heißt der Christen arischer Rasse.“⁹⁵

7.5.: Alle bei der Wehrmacht beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die Juden oder jüdischer Abstammung sind, werden entlassen.

10.5.: Bei den Bücherverbrennungen, zum Beispiel auf dem Opernplatz in Berlin-Mitte, werden nicht zuletzt Werke jüdischer Autoren in die Flammen geworfen, u.a. von Theodor Wolff, Georg Bernhard, Arnold Zweig, Arthur Schnitzler, Max Brod, Walter Benjamin, Walther Rathenau, Karl Marx, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Stefan Zweig, Franz Werfel, Alfred Kerr, Sigmund Freud, Ernst Toller, Max Adler, und Theodor Lessing.

Außerdem wird von der aufgeputschten Menge unter lautem Gejohle der Bronzekopf des jüdischen Sexualwissenschaftlers Dr. Magnus Hirschfeld, der am 6.4. beim Überfall der SA und von Nazi-Studenten auf sein Institut entwendet worden war, in die Flammen geworfen (s.u. 6.4.). Anlässlich der Bücherverbrennung in Berlin hält der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels eine Rede, in der es u.a. heisst: „Das Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus ist nun zu Ende, und der Durchbruch der deutschen Revolution hat auch dem deutschen Geist wieder die Gasse freigemacht...1918 brach der Materialismus durch, der Marxismus behauptete das Feld. Die Kräfte des Unter-menschentums haben das politische Terrain erobert, und darauf folgten dann in Deutschland vierzehn Jahre unausdenkbarer und unbeschreiblicher materieller und geistiger

⁹² Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O. u. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O. S. 39.

⁹³ Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933- 1940, a.a.O., S. 72f.

⁹⁴ Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 49, 11.5.1933, S. 257f.

⁹⁵ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 205.

Not...Die Bibliotheken füllten sich an mit dem Unrat und dem Schmutz dieser jüdischen Asphaltliteraten.“⁹⁶

10.5.: Der Nazi-Verlag F. Eher Nachf. (München) verlangt von Verlegern und Buch-Großhändlern, künftig die Belieferung jüdischer Buchhandlungen zu unterlassen.

10.5.: Der „Würzburger Generalanzeiger“ veröffentlicht folgende Mitteilung der NSDAP, Abteilung Unterfranken-Würzburg:
„Die Frauen, die öffentlich oder hintenherum von Juden kaufen, müssen als juden-hörig gebrandmarkt werden...Es wird ratsam sein und auch verwirklicht werden, dass man in Dachau daran geht, eine Abteilung für weibliche Volksverräter zu schaffen. Ebenso ist es ratsam, alle die Frauen, die jüdische Erzeugnisse kaufen, zu brandmarken, in der Zeitung zu veröffentlichen und zu bestrafen...Deutsche, merkt Euch diese Frauen, die mit dem deutschen Volke nichts mehr gemein haben! Denn eines Tages...kommt auch für diese Menschen die Abrechnung.“⁹⁷

11.5.: Die Nazi-Angestellten der „Einheitspreis - AG“ (Epa) legen in Berlin, Harburg und Kiel die Arbeit nieder. Sie fordern den Rücktritt des „jüdischen Vorstandes“.⁹⁸

12.5.: Das „Groß-Berliner Ärzteblatt“ fordert den „Ausschluss aller Juden von der ärztlichen Behandlung deutscher Volksgenossen“.

12.5.: Der Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung, Dr. Hans Frank, führt in einer Rede in Berlin aus:
„Der Einfluss des Judentums im deutschen Recht ist binnen kurzem gebrochen worden. Niemals wird der Bund nationalsozialistischer Juristen die Forderung aufgeben, dass alle Juden restlos aus jeder Form des Rechtslebens entfernt werden müssen.“⁹⁹

15.5.: Die Düsseldorfer Anwaltskammer untersagt ihren Mitgliedern, unter das Berufsverbot fallende jüdische Rechtsanwälte als Bürovorsteher oder in anderen Positionen in ihren Kanzleien anzustellen.¹⁰⁰

19.5.: Auf persönliche Anregung Adolf Hitlers wird bei den Spitzenverbänden der deutschen Ärzteschaft in Berlin ein Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassefragen errichtet.¹⁰¹

22.5.: Jüdische Gerichtsreferendare werden entlassen, sofern sie nicht Frontkämpfer waren oder Söhne Gefallener sind.

29.5.: Der Berliner Magistrat streicht sämtliche Subventionen für jüdische Kinderkrippen und Kindergärten.

⁹⁶ Vgl. In jenen Tagen...Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung – Eine Dokumentation, zusammengestellt v. Friedemann Berger, Leipzig u. Weimar 1983, S. 283ff., Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O., S. 54 u. Goebbels-Reden, a.a.O., S. 108f.

⁹⁷ Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden; a.a.O., S. 39.

⁹⁸ Vgl. Ebenda, S. 41.

⁹⁹ Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 216.

¹⁰⁰ Eva Douma, Deutsche Anwälte zwischen Demokratie und Diktatur 1933 – 1950, a.a.O., S. 131.

¹⁰¹ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 232.

29.5.: Die Deutsche Bank und Disconto Gesellschaft gibt öffentlich bekannt, dass die jüdischen Vorstandsmitglieder Theodor Frank und Oscar Wassermann zum 1. Januar 1934 aus ihren Ämtern ausscheiden werden.¹⁰²

Juni

2.6.: Jetzt wird auch jüdischen Zahnärzten die Zulassung als Kassenärzte entzogen. Auch jüdische Zahntechniker bekommen ihre Leistungen nicht länger von den gesetzlichen Krankenversicherungen erstattet.¹⁰³

2.6.: Der jüdische Rechtsanwalt Ludwig Bendix wird von der SA bis zum Oktober in so genannte Schutzhaft genommen. Der in Berlin – Kreuzberg praktizierende Jurist ist bei den Nazis besonders deshalb verhasst, weil er einen KPD – Funktionär vor Gericht verteidigt und einem Kollegen, der mit den Kommunisten sympathisiert, bei einem standesrechtlichen Verfahren Beistand geleistet hatte. Bendix emigriert 1937 nach Palästina.¹⁰⁴

7.6.: SA-Männer durchsuchen das Jüdische Jugend- und Lehrheim in Wolzig in der Mark Brandenburg (Landkreis Beeskow-Storkow) und „entdecken“ angeblich Waffen und regimfeindliche Flugblätter und Broschüren. Die 40 jugendlichen Heiminsassen, zwischen 13 und 18 Jahre alt, werden in das Konzentrationslager Oranienburg verbracht, wo sie in der so genannten Judenkompanie Schikanen und Quälereien ausgesetzt sind. Erst am 10. Juli erfolgt die Entlassung der jungen Leute aus dem KZ, denen bei den Verhören Geständnisse abgepresst werden, sie hätten im Sinne der Kommunisten bzw. der Sozialdemokraten politische Aktivitäten entfaltet. Das Heim wird „arisiert“ und vom bisherigen Eigentümer, dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund, auf die „Reichsschule für Landjahrerzieher“ über-schrieben.¹⁰⁵

7.6.: Die NSDAP – Gauleitung von Koblenz – Trier weist alle Kreisleitungen an, Ausschüsse zur „Judenbekämpfung zu bilden: „Es gehen Ihnen in den nächsten Tagen eine gesammelte Liste der Orte Ihres Kreises zu, in welcher Sie die jüdischen Geschäfte und Firmen Ihres Kreises aufgezeichnet finden...Die Parteigenossenschaft muss im Interesse der Nation soweit gehen, dass sie den besten Bekannten die Freundschaft kündigt, wenn sie weiterhin beim Juden kaufen. Es muss soweit kommen...,dass kein Deutscher wenn es nicht irgend sein muss, mit einem Juden spricht. Deutsche Mädchen, welche mit Juden verkehren, sind vorläufig auf das Schändliche ihrer Handlung aufmerksam zu machen. Ein Mitglied unserer Organisation darf auf keinen Fall sich mit einer solchen Person einlassen.“¹⁰⁶

9.6.: Die „Jüdische Rundschau“ berichtet über eine Demonstration von Nazis vor dem Duisburger Gerichtsgebäude, die sich gegen diejenigen jüdischen Rechtsanwälte richtete, die als „Frontkämpfer“ weiter praktizieren dürfen:

¹⁰² Vgl. Eberhard Czichon, Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995, S. 100f.

¹⁰³ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 62, 10.6.1933, S. 300f.

¹⁰⁴ Vgl. Juden in Kreuzberg, a.a.O., S.

¹⁰⁵ Vgl. Klaus Drobisch, Überfall auf jüdische Jungen 1933. Dokumente, in: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, hrsg. v. Dietrich Eichholtz u. Almuth Püschel, Berlin 1993, S. 168ff.

¹⁰⁶ Kurt Pätzold, Hrsg., Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, a.a.O., S. 57.

„Kaum war es bekannt geworden, dass die nach einer Verfügung des Reichsjustizministers wieder zur Amtsführung zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte am Montag ihre Tätigkeit am Duisburger Amts- und Landgericht wieder...aufnehmen würden, als sich auch schon vor den Zugängen des Gerichts an der Königsstraße und am Königsplatz erregte Menschenmassen ansammelten, die ihren Unwillen über das Wiedererscheinen der Juden an Gerichtsstelle lauten Ausdruck verliehen...Gegen 10 Uhr drangen die Demonstranten spontan in das Gebäude ein und durchzogen die Korridore mit lauten Protestrufen, in die sich immer wieder die Forderung mischt: ‚Juden heraus!‘“

16.6.: Bei der an diesem Tage durchgeführten „Volkszählung“ wird für alle Juden eine „Sonderzählung“ angewiesen, die – nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes – „einen Überblick über die biologischen und sozialen Verhältnisse des Judentums im Deutschen Reich“ ermöglichen soll. Die dabei erhobenen Daten dienen u.a. auch der Durchsetzung von Ausbürgerungen eingewanderter „Ostjuden“ (siehe auch unter dem 14.7.).¹⁰⁷

20.6.: Das Reichsbank-Direktorium beschließt, dass alle jüdischen Beamten zu entlassen sind. Die Entlassungs-Urkunden sind bis spätestens 30.9.1933 zuzustellen.¹⁰⁸

27.6.: Der Leiter des Außenpolitischen Amtes und Ideologe der NSDAP, Alfred Rosenberg („Der Mythos des 20. Jahrhunderts“), erklärt: „In der Judenfrage ist in Deutschland nur die Parität wiederhergestellt worden. Ausnahmen für die Juden bestehen nur bei den Beamtenstellen, Anwälten, Notaren usw. sowie im Schulwesen.“¹⁰⁹

27.6.: Der in Rathenow lebende jüdischer Pädagoge und Prediger Max Abraham, Mitglied der SPD, wird in das KZ Oranienburg eingeliefert. Er hatte sich gegen den SA – Mann Heinrich Meierkord zur Wehr gesetzt, der ihn auf offener Straße überfallen und misshandelt hatte.

Im Dezember 1933 gelingt Abraham nach seiner Entlassung aus der so genannten Schutzhaft die Flucht in das tschechoslowakische Exil.¹¹⁰

Juli

Beginn der Arbeiten an einem „Reichsangehörigengesetz“ im Reichsministerium des Innern, die schließlich in das so genannte Nürnberger Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935 einmünden.

1.7.: Einrichtung eines „Amtes für Rassenforschung“ im Reichsministerium des Innern.

1.7.: Der an der Universität Greifswald immatrikulierte jüdische Medizinstudent Walter Orloff wird ungeachtet seiner US – amerikanischen Staatsbürgerschaft verhaftet und von der Universität verwiesen.¹¹¹

¹⁰⁷ Vgl. Götz Aly u. Karl-Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 67f.

¹⁰⁸ Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln u. Wien 1995, S. 136.

¹⁰⁹ Keesing's Archiv der Gegenwart, a.a.O., S. 906.

¹¹⁰ Vgl. Günter Morsch, Hrsg., Das Konzentrationslager Oranienburg, a.a.O., S. 52f.

¹¹¹ Vgl. Wolfgang Wilhelmus, Greifswalder Juden während der NS – Zeit, in: Menora. Jahrbuch für deutsch – jüdische Geschichte, Bd. 6. 1995, S. 393.

2.7.: In Hamburg werden zwei ordentliche Professoren der Universität, ein leitender Oberarzt des Krankenhauses St. Georg, vier Richter sowie zwei weibliche Beamte des Jugendamtes als so genannte Nichtarier aus dem öffentlichen Dienst entlassen.¹¹²

3.7.: Der „Dortmunder Generalanzeiger“ warnt die Metzgermeister der Stadt, weiterhin Umgang mit Juden zu pflegen:

„Es soll noch einige Metzgermeister in Dortmund geben, die ihre spießbürgerliche Haut noch nicht in nationalsozialistischem Sinne geschält haben. Selbst unter Parteigenossen dieses Faches soll eine möglichst schnelle Schälung angebracht sein. Es könnte nämlich in aller Kürze der Fall eintreten, dass die noch judenfreundlichen Metzger von ihren eigenen Parteigenossen boykottiert werden. Es wird, wenn alles nichts nützt, eine Veröffentlichung ihrer Namen erfolgen, die einen Ausschluss aus der Partei zur Folge haben wird. Auch das Freundschaftskegeln verschiedener Metzger mit Juden wird aufhören müssen...

Ahnen diese Menschen denn gar nicht, wie schwer sie sich an unserem Führer versündigen und wie sie ihn gröblichst beleidigen, wenn sie seinen aus Liebe zu unserem Volke geführten Kampf gegen das Weltgaunertum der Juden sabotieren? Wir werden gerade bei den Metzgern in Zukunft sehr scharf aufpassen, dass auch nicht hinten herum Geschäfte mit den Juden gemacht werden.“¹¹³

4.7.: 24 so genannte Nichtarier werden aus dem Schuldienst der Stadt Hamburg entlassen.¹¹⁴

6.7.: Adolf Hitler erklärt auf einer Reichsstatthalter-Konferenz die „nationalsozialistische Revolution“ für beendet.

Damit sollen die ökonomisch und aussenpolitisch negativen Folgen der unkoordinierten judenfeindlichen Aktionen durch die SA und lokale Amtsträger der NSDAP künftig verhindert werden.

11.7.: In einem Rundschreiben weist das Geheime Staatspolizeiamt alle Staatspolizeiämter in Preußen an, sofort Listen über sämtliche politischen wie unpolitischen jüdischen Vereine und Organisationen anzufertigen. Außerdem seien die Daten aller in- und ausländischen Juden zu erfassen, die bislang politisch in Erscheinung getreten seien. Begründet wird diese Anweisung mit dem angeblichen Eindringen „marxistischer“ Elemente in jüdische Vereine.¹¹⁵

12.7.: Der Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, erlässt Richtlinien für den Geschichtsunterricht an Schulen: Es sei fortan stärker die „Bedeutung der Rasse“ zu betonen.

14.7.: Ermöglichung des Widerrufs von Einbürgerungen, die in der Zeit seit dem 9.11.1918 vollzogen worden sind (richtet sich vor allem gegen in der Zeit der Weimarer Republik eingebürgerte „Ostjuden“).

Auf der am gleichen Tage stattfindenden Kabinettsitzung erklärt Adolf Hitler hierzu: „Ihm werde stets gesagt, dass nicht für ein Vorgehen gegen die Juden schlechthin, wohl aber für ein Vorgehen gegen die Ostjuden Verständnis allgemein vorhanden sei.“¹¹⁶

¹¹² Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 204.

¹¹³ Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden, a.a.O., S. 39f.

¹¹⁴ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 204.

¹¹⁵ Vgl. Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 240.

¹¹⁶ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1, S. 660.

14.7.: Zum Abschluss des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl, das am 20.7. im Vatikan von Kardinal Pacelli (dem späteren Papst Pius XII.) und Vizekanzler Franz von Papen unterzeichnet werden wird, erklärt Hitler auf derselben Kabinettsitzung:
„Im Reichskonkordat wäre Deutschland eine Chance gegeben und eine Vertrauenssphäre geschaffen, die bei dem vordringlichen Kampf gegen das internationale Judentum besonders bedeutungsvoll wäre.“¹¹⁷

14.7.: Im Nazi-Verlag Lehmann (München) erscheint das Machwerk von Prof. Dr. Hans Günther (Universität Jena) „Rassenkunde des deutschen Volkes“ im 50. Tausend.¹¹⁸

20.7.: Bücher jüdischer Autoren werden von nun an in wissenschaftlichen Bibliotheken nur für „ernste wissenschaftliche Arbeit“ entliehen.

22.7.: Jüdische Studienreferendare, Kandidaten des höheren Lehramts, einstweilig eingestellte Lehrer und Schulamtsbewerber sind aus dem Schuldienst zu entlassen, sofern sie nicht Frontkämpfer waren oder Söhne Gefallener sind.

28.7.: Einführung des so genannten Arierparagraphen im Reichsverband Deutscher Schriftsteller.

31.7.: Die Universität Hamburg entzieht vierzehn jüdischen Privatdozenten und nicht-beamteten außerordentlichen Professoren die Lehrbefugnis (siehe auch unter dem 31.8.).¹¹⁹

August

2.8.: Der Chemiker Dr. Georg Eppenstein, Inhaber einer Knoblauchsaff-Firma in Berlin-Köpenick, verstirbt in der Charité an den Folgen der schweren Misshandlungen, die ihm wie anderen Juden sowie Kommunisten und Sozialdemokraten während der so genannten Köpenicker Blutwoche im Juni 1933 von Angehörigen der SA im Sturmlokal „Demuth“ in der heutigen Pohlestraße zugefügt worden waren.¹²⁰

4.8.: Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, dass gemäß einer Verordnung des Reichswehrministers General Werner von Blomberg künftig von heiratswilligen Soldaten der Nachweis zu erbringen sei, dass „die Braut des Wehrmichtsangehörigen arischer Abstammung ist“.¹²¹

5.8.: Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Hamburg: „Der hamburgische Staat hat beschlossen, das Heinrich-Heine-Denkmal, das vielen ein Dorn im Auge sei, aus dem Stadtpark zu entfernen und, wie mitgeteilt wurde, in irgendeinem Schuppen zu lagern.“¹²²

12.8.: Geheimrat Norden vom Reichsfinanzministerium fertigt eine Niederschrift über sich ändernde Personalverhältnisse bei der Dresdner Bank AG an. Darin teilt er u.a. mit, dass der

¹¹⁷ Ebenda, S. 663.

¹¹⁸ Vgl. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O., S. 73.

¹¹⁹ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 204f.

¹²⁰ Gerd Lüdersdorf, Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick, Berlin 1997, S. 46f.

¹²¹ Vgl. Norbert Burkert, Klaus Matußek u. Wolfgang Wippermann, „Machtergreifung“ Berlin 1933, a.a.O., S. 121.

¹²² Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 205.

Chefsyndikus des Kreditinstituts, Dr. Israel, künftig für das Bankhaus Proehl und Gutmann tätig sein werde:

„Mitbestimmend für diesen Entschluss sei die unerquickliche Lage gewesen, in der Dr. Israel sich wegen seiner Nichtarierschaft befinde.“ Das Bankhaus Proehl und Gutmann befindet sich im Besitz der Dredner Bank, hat aber seinen Sitz in den Niederlanden.

14.8.: Der Nazi-Verlag Lehmann in München propagiert die Einrichtung eines „Rassensonderfensters“ in allen Buchhandlungen anlässlich der vom September bis November durchzuführenden Kampagne für den „rassehygienischen und rassenkundlichen Gedanken“. Für diese Kampagne empfiehlt der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, 30 einschlägige „Werke“ besonders herauszustellen, von denen allein 17 im Verlag Lehmann erschienen sind.¹²³

19.8.: Bei pharmazeutischen Prüfungen mitwirkende Apotheker müssen den „Ariernachweis“ erbringen.

21.8.: Der Schriftsteller Jochen Klepper notiert in sein Tagebuch:
„Den Juden ist das Benutzen der Badeanstalt Wannsee verboten worden. In Nürnberg erstreckt sich das Verbot sogar auf alle städtischen Badeanstalten...Man ist nahe am Ghetto. – Es ist schwer, wenn man sein eigenes Volk hassen muss, an dem man in seiner unbefangenen, natürlichen Entwicklung immer mehr hängt. Ich habe mich immer mehr als Deutscher fühlen gelernt und muss diese Schande erleben.“¹²⁴

25.8.: Auf der vom „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ veröffentlichten ersten Liste ausgebürgerter Personen befinden sich u.a. auch die jüdischen Autoren Ernst Toller, Alfred Kerr, Georg Bernhard und Kurt Tucholsky sowie der ehemalige Leiter der Politischen Polizei und Polizei – Vizepräsident in Berlin, Bernhard Weiß. Letzterer war wegen seines Kampfes gegen die NSDAP bevorzugtes Hassobjekt des Berliner Gauleiters Dr. Joseph Goebbels und seiner Tageszeitung „Der Angriff“, die ihn vorzugsweise als „Isidor“ Weiß bezeichneten und ihn mit primitiv - antisemitischen Karikaturen und beleidigenden Artikeln verfolgten.¹²⁵

28.8.: Das Reichsbank-Direktorium beschließt, dass Beamte „arischer Abstammung“, die eine Ehe mit einem „nichtarischen“ Partner eingehen wollen, unverzüglich zu entlassen seien.

28.8.: Das „Amtsblatt des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung“ veröffentlicht „Vorläufige Richtlinien für die Auslese der Bestände der öffentlichen Büchereien nach völkischen Gesichtspunkten“, in denen es u. a. heißt:
„Nur Dichter und Schriftsteller, die auf dem Boden der blut- und artbedingten Volksgemeinschaft stehen und sich in ihrer geistig-seelischen Haltung mit dem Schicksal ihres Volkes eins fühlen, gehören in die deutsche Bücherei...Als artfeindliche Literatur sind die zersetzenden Erzeugnisse jüdischen Geistes auszuschalten.“
Ausdrücklich werden die Namen folgender jüdischer Autoren genannt, deren Bücher aus öffentlichen Bibliotheken zu entfernen seien: Georg Bernhard, Emil Franzos, Magnus

¹²³ Vgl. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O., S. 79.

¹²⁴ Jochen Klepper, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, München 1976, S. 100.

¹²⁵ Vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 198, 25.8.1933, in: Bundesarchiv – Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II 1058, A. 6.

Hirschfeld, Emil Ludwig, Karl Marx, Erich Mühsam, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Jacob Wassermann, Franz Werfel, Theodor Wolff und andere.¹²⁶

29.8.: Der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Lautenbach, äußert sich in seiner Ausarbeitung mit dem Titel „Vorschläge zur Wiederherstellung der Rechtssicherheit in dem Sinne der wirksamen Unterbindung von Eingriffen in die Betriebsführung“ u.a. in folgender Weise:

„Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft, die nicht in arischen Händen befindlichen Vermögenswerte nicht, wie es jetzt geschieht, zu zerstreuen und zu zerstören, sondern sie organisch in christliche Hände überzuleiten. Jüdisches Eigentum wird bei dem massenhaften Angebot und dem Druck, der in Richtung einer ‚Arisierung‘ erfolgt, z. Zt. verschleudert. An der Entstehung einer neuen Art von Kriegsgewinnlertum hat die deutsche Wirtschaft kein Interesse. Schon aus diesem Grunde nicht, weil der christliche Unternehmer, der zu einem Schleuderpreis die Anlagen erwirbt, in Konkurrenz tritt mit alten christlichen Unternehmen, die ihre Anlagen ihrem wirklichen Wert entsprechend bezahlt haben...

Die organischen Überführungen des jüdischen Besitzes in christliche Hände unter Zuhilfenahme einer Auffangorganisation und die Einführung einer Art Kriegsgewinnsteuer für einen Erwerb jüdischen Besitzes unter Wert können diesen Schwierigkeiten begegnen.“¹²⁷

30.8.: Ermordung des jüdischen Philosophen und Publizisten Theodor Lessing in seinem tschechoslowakischen Exil in Marienbad, wahrscheinlich durch Nazi-Agenten. Auf den verhassten Gegner der politischen Rechten, besonders aber der Nazis, war ein „Kopfgeld“ in Höhe von 80.000 Reichsmark ausgesetzt worden.¹²⁸

31.8.: Der Senat der Hansestadt Hamburg entlässt eine größere Anzahl von jüdischen Professoren, darunter den Mitbegründer der Universität, Prof. Dr. Richard Salomon. Außerdem werden zwei Oberlandesgerichtsräte jüdischen Glaubens, Dr. Rudolphi und Dr. Goldschmidt, in den Ruhestand versetzt.¹²⁹

September

6.9.: Die 10. Generalsynode der Evangelischen Kirche in Preußen führt den so genannten Arierparagrafen ein. Weitere Landeskirchen folgen diesem Beispiel. Mit der Begründung, es handele sich um Personen jüdischer Herkunft, werden daraufhin Pfarrer, aber auch andere Bedienstete der evangelischen Kirche, aus ihren Ämtern entlassen.¹³⁰

12.9.: Reichsleiter Martin Bormann, Stabsleiter von Rudolf Heß, dem Stellvertreter Hitlers, erteilt allen Gauleitern der NSDAP folgende Weisung: „Was bisher im Abwehrkampf gegen jüdische Übergriffe erreicht wurde, ist mehr, als im Hinblick auf die allgemeine Lage erhofft werden konnte. Weitere Maßnahmen gegen das Judentum sind aus außenpolitischen Gründen unbedingt zu unterlassen...“¹³¹

¹²⁶ Diese Richtlinien sind faksimiliert in: Sieben Jahrzehnte Erfahrung::: 30. Januar 1933, hrsg. v. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2003, S. 75 ff.

¹²⁷ BArch, R 3101/9931, Bl. 89f.

¹²⁸ Vgl. Katerina Capková, Theodor Lessing – vom Außenseiter zum Symbol der antinazistischen Opposition, a.a.O.

¹²⁹ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 205.

¹³⁰ Gerhard Lindemann, Antijudaismus und Antisemitismus in den evangelischen Landeskirchen während der NS-Zeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 29. Jg., 2003, H. 4, S. 578f.

¹³¹ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, a.a.O., Bd. 2, S. 866.

13.9.: Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Bernhard Rust, erlässt eine vorläufig geltende Regelung der Lehraufgaben für „Vererbungslehre und Rassenkunde“ an den Schulen. Dieses neue Fach sei nötigenfalls auf Kosten des Mathematik- bzw. Fremdsprachenunterrichtes zu lehren. Es sei außerdem ein „pflichtmäßiges Prüfungsfach“.¹³²

15.9.: Reichsaußenminister Constantin Freiherr v. Neurath erklärt vor Vertretern der ausländischen Presse:

„So zweifle ich nicht, dass z.B. das unsinnige Gerede des Auslandes über rein innerdeutsche Dinge, wie die so genannte Judenfrage, schnell verstummen wird, wenn man erkennt, dass die unbedingt notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, dass sie aber doch nur dazu diene, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu festigen. Das Ausland wird auch aufhören, den Lügenberichten deutscher Emigranten das Ohr zu leihen, ihre Brunnenvergiftung zu begünstigen und der Meinung von Leuten Beachtung zu schenken, die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohles zu Einfluss bringen konnten, einem Deutschland, das niemals wieder auferstehen wird.“¹³³.

18.9.: Der aus einer jüdischen Familie stammende Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Lübecker Volksbote“, Dr. Fritz Sollmitz, wird im Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel von seinen Nazi-Bewachern totgeschlagen und dann am Fensterkreuz seiner Zelle aufgehängt.¹³⁴

20.9.: Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ verschickt der „Genossenschaftsverband Raiffeisen“ in Frankfurt a.M. folgendes Rundschreiben an die angeschlossenen Genossenschaften:

„Der Feind für die genossenschaftliche Gemeinschaftsarbeit ist nach jeder Richtung der Jude und der jüdische Handel...Jegliche Verbindung mit dem Juden und dem jüdischen Handel läuft nicht nur jeder genossenschaftlichen Auffassung zuwider, sie ist auch ein Verstoß gegen nationalsozialistische Grundsätze. Wir verlangen aus diesem Grunde..., dass unsere Genossenschaften jegliche Verbindung mit dem jüdischen Handel im Einkauf und Verkauf unverzüglich abbrechen...Ferner verlangen wir von unseren Genossenschaftsverwaltungen, dass sie uns diejenigen Landwirte melden, die nach wie vor mit Juden handeln...Der Kampf gegen das jüdische Kapital und gegen die jüdische Misswirtschaft, die nur zerstörend in unserer deutschen Volkswirtschaft wirken, muss lückenlos durchgeführt werden.“

22.9.: Die Errichtung der sogenannten Reichskulturkammer schließt Juden vom allgemeinen kulturellen Leben in Deutschland aus, da nur „Arier“ dieser Kammer angehören dürfen.

22.9.: Im Reichsverband Deutscher Schriftsteller dürfen jetzt nur noch „Arier“ organisiert sein.¹³⁵

22.9.: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verfügt, dass der „Arierparagraph“ auch für Lehrer an Privatschulen angewandt werden müsse.¹³⁶

¹³² Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O., S. 85.

¹³³ Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, hrsg. v. Ulrich Thürauf, 74. Bd., 1933, München 1934, S. 207.

¹³⁴ Vgl. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, a.a.O., S. 206.

¹³⁵ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 411.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 412.

25.9.: In ihrem „Theologischen Gutachten über die Zulassung von Christen jüdischer Herkunft zu den Ämtern der deutschen evangelischen Kirche“, verfasst von den Erlanger Professoren Dr. Paul Althaus und Dr. Werner Elert, heißt es u.a.:

„Das deutsche Volk empfindet heute die Juden in seiner Mitte mehr denn je als fremdes Volkstum. Es hat die Bedrohung seines Eigenlebens durch das emanzipierte Judentum erkannt und wehrt sich gegen diese Gefahr mit rechtlichen Ausnahmebestimmungen. Im Ringen um die Erneuerung unseres Volkes schließt der neue Staat Männer jüdischer oder halb-jüdischer Abstammung von führenden Ämtern aus. Die Kirche muss das grundsätzliche Recht des Staates zu solchen gesetzgeberischen Maßnahmen anerkennen. Sie weiß sich selber in der gegenwärtigen Lage zu neuer Besinnung auf ihre Aufgabe, Volkskirche der Deutschen zu sein, gerufen.

Dazu gehört, dass sie heute ihren Grundsatz von der völkischen Verbundenheit der Amtsträger mit ihrer Gemeinde bewusst neu geltend macht und ihn auch auf die Christen jüdischer Abstammung anwendet.“¹³⁷

26.9.: Adolf Hitler erklärt bei einer Kabinettsitzung zur Frage der jüdischen Emigranten: „Es sei an sich ein großer Vorteil für Deutschland, das die politischen Flüchtlinge das Land verlassen hätten. Da es sich bei ihnen vorwiegend um Ostjuden handele, sei es nicht mehr als recht und billig, wenn auch andere Länder gezwungen würden, eine bescheidene Quelle dieser Welle ostjüdischer Einwanderer bei sich aufzunehmen...Zu erklären wäre in Genf (beim Völkerbund – R.Z.): Es handele sich ausschließlich um Leute, die wegen ihres schlechten Gewissens aus Deutschland geflohen seien und gegen die in Deutschland Untersuchungen geführt würden.“¹³⁸

28.9.: Auf einer „Reichsstatthalter“-Konferenz führt Hitler zur Nazi - Judenpolitik aus: „Ihm, dem Reichskanzler, wäre es lieber gewesen, wenn man schrittweise zu einer Verschärfung in der Behandlung der Juden in Deutschland hätte kommen können, indem man zunächst ein Staatsbürgerrecht geschaffen und danach hiervon ausgehend die Juden allmählich schärfer angefasst hätte. Der von den Juden angezettelte Boykott (gegen deutsche Waren im Ausland – R.Z.) habe jedoch zu sofortigen, schärfsten Gegenmaßnahmen gezwungen...Da die Juden im Ausland teilweise großen Einfluss ausübten, sei es jedoch geboten, Ihnen keinerlei Propagandamaterial gegen Deutschland zu liefern. Zum Beispiel habe uns ein Vorgang in Nürnberg sehr geschadet. In Nürnberg seien einem deutschen Mädchen die Zöpfe abgeschnitten worden, weil es in Beziehungen zu einem Juden gestanden habe. Dieser Vorgang habe seinen Weg durch fast die gesamte ausländische Presse genommen.“¹³⁹

28.9.: Die Staatspolizeileitstelle in Dortmund gibt in einem Erlass bekannt, dass sie in Zukunft Männer oder Mädchen, die sexuelle Beziehungen mit Jüdinnen und Juden pflegen, in Konzentrationslager einweisen werde.¹⁴⁰

29.9.: Gemäß „Reichserbhofgesetz“ kann Bauer nur sein, „wer deutschen oder stammesgleichen Blutes“ ist.¹⁴¹

30.9.: Der Reichskriegerbund („Kyffhäuser-Bund“), die Dachorganisation der „Kriegervereine“, schließt alle „Nichtarier“ aus.

¹³⁷ Vgl. Ernst Klee, „Die SA Jesu Christi“, a.a.O., S. 116.

¹³⁸ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 2, a.a.O., S. 835.

¹³⁹ Ebenda, S. 865f.

¹⁴⁰ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 427.

¹⁴¹ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 108, 30.9.1933, S. 685ff.

30.9.: Mit sofortiger Wirkung dürfen Juden nicht mehr Mitglied des Deutschen Anwaltsvereins sein.

Oktober

1.10.: Paul Mendelsohn, geschäftsführender evangelischer Pfarrer an der Dankes-Gemeinde in Berlin-Wedding, wird wegen seiner jüdischen Herkunft zwangspensioniert.¹⁴²

2.10.: In der Leipziger Universität wird die Akademie für Deutsches Recht konstituiert. Reichskommissar Dr. Hans Frank wird Führer dieser Institution. In seiner Ansprache formuliert er u.a.:

„Wir glauben an die nordische Vergangenheit als eine Zukunftsmöglichkeit und führen nunmehr den Kampf nicht nur auf der Rechtsebene gegen das fremde Recht, sondern führen ihn im gesamten Geistesbereich durch die Hineinlegung des Begriffs der Rasse. Deutsches Recht wird in Zukunft Rasserecht sein!“¹⁴³

4.10.: Das sogenannte Schriftleitergesetz macht den Nachweis „arischer Abstammung“ zur Voraussetzung für die Anstellung als Zeitungsredakteur.¹⁴⁴

4.10.: Das „Israelitische Fremdenblatt“ gibt ein Rundschreiben der Hessischen Molkereigenossenschaften bekannt, in dem es u.a. heißt:

„Es ist uns wiederholt zu Ohren gekommen, dass es immer noch Bauern gibt, die die Geschäftemacherei mit Juden noch nicht lassen können.

Wir weisen heute letztmals darauf hin, dass es eines deutschen Bauern unwürdig ist, noch Geschäfte irgendwelcher Art mit den Juden zu tätigen...Wir haben bis heute davon abgesehen, diejenigen öffentlich zu brandmarken, werden aber nach der Generalversammlung jeden, der sich noch mit Juden einlässt, der Öffentlichkeit preisgeben und ihn auch noch in anderer Weise empfindlich zu treffen wissen.“

14.10.: Das Breslauer christliche Wochenblatt „Evangelischer Ruf“ veröffentlicht unter der Überschrift „Vision“ folgenden Text:

„Gottesdienst. Das Eingangsglied ist verklungen. Der Pfarrer steht am Altar und beginnt: ‚Nichtarier werden gebeten, die Kirche zu verlassen!‘ Niemand rührt sich. ‚Nichtarier werden gebeten, die Kirche zu verlassen!‘ Wieder bleibt alles still. ‚Nichtarier werden gebeten, die Kirche zu verlassen!‘ Da steigt Christus vom Kreuze herab und verlässt die Kirche.“

20.10.: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund untersagt seinen Mitgliedern, jüdische Repitoren aufzusuchen.

November

7.11.: Gemäß einer Änderung der Personalordnung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gilt mit sofortiger Wirkung: Wer „nichtarischer“ Abstammung oder mit einer Frau

¹⁴² Vgl. Manfred Gailus, Die vergessenen Brüder und Schwestern. Zum Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im Raum der evangelischen Kirchen Berlin-Brandenburgs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jg., 2003, H. 11, S. 981.

¹⁴³ Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 435.

¹⁴⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 111, 7.10.1933, S. 713ff.

„nichtarischer“ Abstammung verheiratet ist, darf als Beamter nicht berufen werden. Beamte „arischer“ Abstammung, die mit einer Frau „nichtarischer“ Abstammung eine Ehe eingehen, sind zu entlassen.

11.11.: Der Diplomat von Kamphoevener berichtet dem Auswärtigen Amt über die XIV. Völkerbundsversammlung in Genf u.a.:

„Zur Frage der Juden in Deutschland erklärten wir, dass sie ein Problem ‚sui generis‘ sei, das nicht mit der allgemeinen Frage der Minderheiten in Verbindung gebracht werden dürfte, da die Juden im Reich weder eine eigentliche Minderheit seien, noch sich als solche fühlten...Zusammenfassend kann gesagt werden, dass wir uns in der Judenfrage einer geschlossenen und kampfbereiten Front aller anderen Staaten gegenübersehen, die ihre Einstellung zum Teil unzweideutig zum Ausdruck brachten, insbesondere durch die Vertreter Frankreichs und Englands.“

13.11.: „Nichtarier“ dürfen fortan nicht mehr als Schöffen oder als Geschworene berufen werden.

13.11.: Im Berliner Sportpalast findet eine Großkundgebung der so genannten Deutschen Christen (DC) statt. In seinem Vortrag „Die völkische Sendung Luthers“ führt Dr. Reinhold Krause, der „Gauobmann“ der DC in Großberlin u.a. aus:

„Wenn wir Nationalsozialisten uns schämen, eine Krawatte vom Juden zu kaufen, dann müssten wir uns erst recht schämen, irgend etwas, das zu unserer Seele spricht, das innerste Religiöse, vom Juden anzunehmen. (Anhaltender Beifall.)“ Notwendig sei deshalb „die Befreiung alles Deutschen im Gottesdienst und im Bekenntnismäßigen, Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral, von diesen Viehhändler- und Zuhältergeschichten...“

Es wird aber auch notwendig sein, dass unsere Landeskirche sich damit beschäftigt, dass alle offenbar entstellten und abergläubischen Berichte des Neuen Testaments entfernt werden, und dass ein grundsätzlicher Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus ausgesprochen wird...“¹⁴⁵

14.11.: Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht hält anlässlich eines Vortrags in Berlin - Gastgeber ist der „Berliner Lyzeumsklub“ – eine aggressiv-antisemitische Rede, in der er judenfeindliche Passagen aus Reden und Schriften Martin Luthers zustimmend zitiert:

„Sie, die Juden, leben bei uns zu Hause, unter unserem Schutz und Schirm, brauchen Land und Straßen, Markt und Gassen. Dazu sitzen die Fürsten und Obrigkeiten, schnarchen und haben das Maul offen, lassen die Juden aus ihren offenen Beuteln und Kasten nehmen; sie lassen sie sich selbst und ihre Untertanen durch der Juden Wucher aussagen und mit ihrem eigenen Gelde sich zu Bettlern machen...“

Dazu wissen wir noch heutigen Tages nicht, welcher Teufel sie her in unser Land gebracht hat; wir haben sie zu Jerusalem nicht geholt. Zudem hält sie noch jetzt niemand, Land und Straßen stehen ihnen offen ; mögen sie ziehen in ihr Land, wenn sie wollen.“ In fast allen wichtigen Tageszeitungen werden ausführliche Auszüge dieser Rede veröffentlicht.¹⁴⁶

20.11.: In einer Verfügung des Preußischen Justizministers, Hanns Kerrl, über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, heißt es. u. a.:

„Jeder Bewerber um die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft hat in seinem Gesuch ferner eine Erklärung darüber abzugeben, ob er arischer oder nichtarischer Abstammung ist...Der

¹⁴⁵ Georg Denzler u. Volker Fabricius, Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente, Frankfurt a. M. 1995, S. 51.

¹⁴⁶ Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“, a.a.O., S. 144ff.

Oberlandesgerichts - Präsident veranlasst die erforderlichen Ermittlungen zur Aufklärung, ob ein gesetzlicher Versagungsgrund vorliegt und ob insbesondere der Antragsteller arischer oder nichtarischer Abstammung ist...“

27.11.: Die Aufführung jüdischer Fest- und Feiertage in Behördenkalendern wird untersagt.

Dezember

11.12.. Auf einer öffentlichen Versammlung führt der Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg u.a. aus:

„ ‚Notwendig ist aber auch zur Befreiung des Volkes die Abschüttelung der geistigen Fremdherrschaft, die das ganze Kulturleben beherrschte. Wissenschaft und Kunst auf allen Gebieten standen unter der Herrschaft fremdrassigen Blutes, waren zersetzt von dem volksfremden Judentum.‘ Eingehend wird diese Judenfrage von Oberbürgermeister Faber behandelt, um bis ins einzelne Aufklärung über die Notwendigkeit der Beseitigung dieses fremden Einflusses zu geben. Hierbei führt er auch den Nachweis, dass nicht das Judentum geistig dem deutschen Volke überlegen, sondern dass die Machtübernahme des Judentums darauf zurückzuführen ist, dass der Jude ehrlos, gemein und schamlos ist gegenüber dem aufrechten deutschen Volkscharakter.

Er verweist dann hierbei auch auf die russischen Verhältnisse. Im Sowjet reich ist die Judenmacht ausgeprägt mit der Folge, dass das Volk als Vieh behandelt, dass es beköstigt und abgefüttert wird wie Vieh, und dass es sich in seinen menschlich-privaten Dingen benehmen darf wie ein Schwein.“¹⁴⁷

12.12.: Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Köpenick stellt dem für diesen Stadtbezirk zuständigen Stadtoberschularzt, Dr. Arthur Samuel, das Entlassungsschreiben zu, in dem es u.a. heißt:

„Die Eigenart Ihrer Tätigkeit als Schularzt bringt Sie in enge Berührung mit allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere mit der Schuljugend. Es kann nicht ausbleiben, dass Ihre nicht-arische Abstammung die Ausübung Ihrer Tätigkeit unter diesen Umständen zur Unmöglichkeit macht.“¹⁴⁸

14.12.: Die Zeitung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet, dass die Kurverwaltung auf der Nordseeinsel Norderney Briefverschlussmarken habe drucken lassen mit der Aufschrift: „Nordseebad Norderney ist judenfrei!“ Zugleich seien von der Kurverwaltung Schreiben an jüdische Zeitungen gesandt worden, in denen es u.a. hieß, „dass jüdische Kurgäste auf Norderney nicht erwünscht sind. Sollten Juden trotzdem versuchen, im kommenden Sommer in Norderney unterzukommen, so haben sie selbst die Verantwortung zu tragen. Bei vorkommenden Reibereien müsste die Badeverwaltung im Interesse des Bades und der anwesenden deutschen Kurgäste die anwesenden Juden sofort von der Insel verweisen.“¹⁴⁹

18.12.: Rabbiner gehören nicht mehr Schuldeputationen und Schulvorständen an.

¹⁴⁷ Ronny Kabus, Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich, a.a.O., S. 21.

¹⁴⁸ Gerd Lüdersdorf, Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick, a.a.O., S. 44f.

¹⁴⁹ Frank Bajohr, „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2003, S. 117.

19.12.: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Bernhard Rust, publiziert einen Erlass, der jüdischen Medizinstudenten die Erteilung der Approbation verweigert.¹⁵⁰

28.12.: Der Deutsche Anwaltsverein wird aufgelöst und in den Bund Nationalsozialistischer Juristen umgewandelt. Unter seinen 15.000 Mitgliedern seien 3.000 Juden gewesen.¹⁵¹

Seit der Machtübernahme der Faschisten sind Zehntausende deutscher Juden emigriert. Die entsprechenden Zahlen differieren zwischen 37.000 und ca. 64.000.

Seit dem 30. Januar 1933 sind mehr als 1.200 jüdische Professoren und Dozenten aus dem Hochschuldienst entlassen worden. In Preußen wurde 1933 1084 jüdischen Anwälten die Zulassung entzogen. Außerhalb Preußens waren es etwa 300. Ungefähr 2.000 Beamte mit akademischer Ausbildung wurden im ersten Jahr der Nazi-Herrschaft mit Berufsverbot belegt.

Unter den KZ-Häftlingen stellen Juden mit einem Anteil von 5 bis 10 Prozent zwar nur eine Minderheit. Da aber lediglich 0,7 Prozent der deutschen Bevölkerung damals zum Judentum gehörten, liegt dieser Anteil erheblich über dem demographischen Wert.

¹⁵⁰ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, a.a.O., S. 691.

¹⁵¹ Vgl. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte, a.a.O., S. 107.